

- 3 Pilatus-Militärtrainer auf Höhenflug**
- 5 Migration und Asylgesetzrevision**
- 7 Staatsvertragsreferendum: Die geheime Agenda**
- 8 Schwerpunkt: Krieg aus Bits und Bytes. Zum virtuellen Kriegsgeschehen**
- 13 Grafik: Das weltweite Atomwaffenarsenal**
- 14 Für eine rüstungsfreie Zone am Bodensee**
- 16 Zur neuen Friedenszeitung**

Unsichere Chancen für wirksames UNO-Abkommen zur Regulierung des globalen Waffenhandels

Waffenhandelsvertrag vor gutem Abschluss?

Vom 2. – 27. Juli dieses Jahres verhandeln die UNO-Mitgliedsstaaten in New York über den Abschluss eines internationalen Waffenhandelsvertrags (Arms Trade Treaty, ATT). Im Zentrum steht der grenzüberschreitende Handel mit konventionellen Waffen. Es ist ein wichtiges Vorhaben, doch wie gross ist die Gefahr des Scheiterns?

Bringt das Jahr 2012 erstmals in der Geschichte der UNO ein verbindliches Abkommen zur Kontrolle und Regulierung konventioneller Waffen? Seit Gründung der UNO im Jahre 1945 reichte der politische Wille ihrer inzwischen 193 Mitgliedsstaaten lediglich zu Verbotsabkommen für chemische und biologische Massenvernichtungswaffen sowie zum Atomwaffenwaffensperrvertrag. Zudem wurden auf Druck von Friedensinitiativen aus aller Welt seit 1997 die beiden Konventionen zum Verbot von Antipersonen-Minen und von Streubomben vereinbart – zwar ausserhalb des formalen Rahmens der UNO, aber doch unter Beteiligung von jeweils über zwei Drittel ihrer Mitgliedsstaaten.

Im Juli dieses Jahres werden die 193 UNO-Mitgliedsstaaten in New York vier Wochen lang über den Abschluss eines internationalen Waffenhandelsvertrags (Arms Trade Treaty, ATT) verhandeln. In vier Vorbereitungskonferenzen seit 2008 entstand ein erster Entwurf für ein Abkommen. Eine Reihe zentraler Fragen sind allerdings noch immer umstritten. Dass es überhaupt zu diesem Verhandlungsprozess gekommen ist, ist zunächst einmal ein grosser Erfolg zivilgesellschaftlicher AkteurInnen aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung. 2003 initiierte Amnesty International gemeinsam mit Oxfam und dem Internationalen Aktionsnetzwerk zu Kleinwaffen (IANSA) die Kam-

/ Andreas Zumach /

pagne «Control Arms» (Waffen unter Kontrolle). Ziel der Kampagne ist, ein rechtlich verbindliches UNO-Akommen zu erreichen, das völker- und menschenrechtsverletzende Waffengeschäfte verbietet.

Streit um Kleinwaffen und Munition

Der erste Durchbruch gelang 2006. Die UNO-Generalversammlung beschloss (mit 153 Ja-Stimmen, 25 Enthaltungen und einer Nein-Stimme der USA), einen Verhandlungsprozess zur Ausarbeitung des ATT einzuleiten. Der Handel mit den durch den ATT erfassten Waffen soll verbindlichen internationalen Regeln unterworfen werden und so dazu beitragen, dass diese Güter nicht in illegale Kanäle gelangen. Umstritten ist aber nach wie vor, ob neben Grosswaffensystemen (Panzer, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge etc.) und ihrer Munition auch Pistolen, Gewehre und andere Kleinwaffen unter das Abkommen fallen sollen. Eine überwältigende Mehrheit der 193 Verhandlungsstaaten ist dafür. China, Ägypten und rund zehn weitere Länder lehnen dies jedoch ab.

Die USA wollen Kleinwaffenmunition von dem Abkommen ausschliessen mit der Begründung, das durch die US-Verfassung garantierte Recht der AmerikanerInnen auf privaten Schusswaffenbesitz lasse eine Importkontrolle von Gewehr- und Pistolenkugeln nicht zu. Umstritten ist weiterhin, ob und in welcher Präzisierung die Menschenrechtslage in potenziellen Empfängerländern von Waffen als Kriterium für Handlungseinschränkungen in den ATT aufgenommen werden sollen.

Für eine verbindliche Formulierung, wonach Waffen nicht geliefert werden sollen («shall not»), wenn die Gefahr besteht, dass mit diesen Waffen menschen- oder völkerrechtsverletzende Handlungen begangen werden, plädieren vor allem die europäischen Staaten sowie Mexiko. Dagegen sperren sich etwa ein Dutzend Länder, darunter Russland, China und auch die USA.

Möglichst unverbindlich formuliert

Diese Staaten wollen entweder überhaupt keine Rechtskriterien in den Vertrag aufnehmen oder aber nur mit der unverbindlichen Formulierung, wonach vor Waffenlieferungen die Gefahr von Rechtsverletzungen lediglich «zu berücksichtigen» sei («to take into account»). Harte Menschenrechtskriterien könnten «dazu führen, dass ein Land wie Syrien den ATT ablehnt», begründeten US-Diplomaten diese Haltung.

Die im bisherigen Entwurf für einen ATT vorgesehenen Massnahmen zu seiner Umsetzung sind nach Ansicht einiger Länder sowie aller Nichtregierungsorganisationen unzureichend. Die meisten Staaten, auch die Schweiz, wollen diese Massnahmen auf ein kleines, schwach ausgestattetes Sekretariat zur Unterstützung der Umsetzung (Implementation Support Unit)



beschränken. Diesem Sekretariat sollen alle Vertragsstaaten jährlich über ihre Vertragseinhaltung berichten. Kontrollen, Inspektionen und andere Überwachungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

Lediglich Mexiko, dessen gewalttätige Drogenkartelle ihre Waffen zum grössten Teil aus den USA beziehen, verlangt das Recht, künftig illegal ins Land gelangte Waffen bis zur Herstellerfirma zurückverfolgen zu können. Ausserdem müsse die Regierung des Herkunftslandes illegal importierter Waffen der Regierung des Empfängerlandes alle relevanten Daten zur Verfügung stellen. Beide Forderungen lehnt die Obama-Administration bislang ab.

Jeder Staat hat de facto ein Veto

An jeder der oben genannten Kontroversen oder an anderen noch offenen Streitfragen kann die für spätestens 27. Juli vorgesehene Verabschiedung des ATT noch scheitern. Denn auf dem letzten Vorbereitungstreffen Mitte Februar dieses Jahres setzte eine kleine Minderheitsgruppe unter Führung der USA, Syriens, Irans, Kubas, Russlands und Chinas durch, dass Beschlüsse auf der Vertragsstaatenkonferenz im Juli nur im formalen Konsens aller 193 UNO-Staaten getroffen werden. Damit hat jeder einzelne Staat de facto ein Veto und kann ihm nicht genehme Bestimmungen verhindern oder verwässern und/oder den Vertrag bei der Schlussabstimmung noch ganz zum Scheitern bringen.

«Wir wollen die Option behalten, einen uns nicht genehmen ATT abzulehnen und das Recht der US-Bürger auf ungehinderten Zugang zu Waffen zu schützen», begründeten US-Diplomaten das Beharren der Obama-Administration auf dem Vetorecht. Eine grosse Mehrheit der Teilnehmer des Vorbereitungstreffens hatte sich dafür ausgesprochen, dass für Beschlüsse auf der Juli-Konferenz eine Mehrheit von mindestens 90 Prozent der TeilnehmerInnen ausreichend sein soll. Eine entsprechende Regelung hätte die Vorbereitungskonferenz wiederum nur per Konsens beschliessen können. Dies verhinderten diejenigen Staaten, die auch für die Schlusskonferenz im Juli weiterhin auf ihrem Vetorecht bestehen. (az)



Amnesty-Petition zum ATT

Noch bis zum 20. Juni 2012 sammelt Amnesty International Unterschriften für die Online-Petition «Hände hoch für Waffenkontrolle»: <http://haendehoch.amnesty.ch>

Waffenhandel trotz Wirtschaftskrise weiterhin ein lukratives Geschäft

Zum SIPRI-Jahresbericht 2011 über den internationalen Waffenhandel

Warum die Vereinbarung eines ATT mit wirksamen und verbindlichen Regelungen so schwierig ist, zeigt ein Blick auf die handfesten Interessen vieler Regierungen und milliardenschwerer Konzerne an der Fortsetzung und der Steigerung des weltweiten Handels mit Kriegsgütern. Die seit 2008 herrschende Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Umsatz- und Gewinnmargen der Rüstungsunternehmen zwar etwas geschmälert. Doch weiterhin ist der Handel mit Kriegsgütern eine lukrative Wachstumsbranche.

Laut dem im März dieses Jahres vorgelegten jüngsten Bericht des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) stieg der Umsatz der 100 weltgrössten Rüstungskonzerne von 2010 auf 2011 um ein Prozent auf 411,1 Milliarden US-Dollar. Insgesamt verbuchten die 100 Konzerne in den ersten neun Jahren nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 eine Umsatzsteigerung um 60 Prozent.

Chinas Handel nicht einberechnet

Dominiert wurde der Waffenhandel 2010/2011 von Konzernen in den USA und in Westeuropa. China wurde in der Top-100-Liste von SIPRI nicht berücksichtigt, da es an den notwendigen Daten mangelte. Gleiches gelte auch für die Ukraine, Kasachstan und einige andere Länder. 44 der 100 Unternehmen auf der SIPRI-Liste sind in den USA angesiedelt. Auf sie entfallen mehr als 60 Prozent aller Einnahmen aus Waffenverkäufen.

30 Unternehmen kommen aus Westeuropa. Acht Konzerne haben ihren Sitz in Russland. Weltweit an der Spitze steht weiter das US-Unternehmen Lockheed Martin mit Verkäufen im Wert von rund 35,7 Milliarden Dollar. Der britische Konzern BAE Systems (32,9 Mrd. Dollar) und das US-Unternehmen Boeing (31,4 Mrd. Dollar) folgen an zweiter und dritter Stelle. Das europäische Gemeinschaftsunternehmen EADS – Europas zweitgrösster Rüstungskonzern – landete mit Waffenverkäufen im Wert von 16,4 Milliarden Dollar auf Rang sieben der Weltrangliste. Den Löwenanteil des Geschäfts machen die zehn grössten Konzerne unter sich aus.

In Asien boomt die Waffenproduktion

Den grössten Anteil am internationalen Geschäft mit Kriegsgütern haben weiterhin die USA mit 30 Prozent vor Russland (24%), Deutschland (9%), Frankreich (8%), Grossbritannien (4%) und China (3%). Am stärksten boomt der Waffenhandel in Asien. In dieser Weltregion wurden im SIPRI-Untersuchungszeitraum 2007-2011 über 44 Prozent des globalen Waffenhandels ab-

gewickelt. Auch die fünf Staaten mit den höchsten Anteilen an den weltweiten Waffenimporten liegen in Asien: Indien mit 10 Prozent, gefolgt von Südkorea (6%), China und Pakistan (jeweils 5%) und Singapur (4%). Weit abgeschlagen hinter Asien folgen Europa mit 19 Prozent Anteil am internationalen Waffenhandel, dann der Nahe Osten (17%), Nord- und Südamerika (11%) und Afrika (9%).

In der Nahostregion fällt Syrien auf, das seine Waffeneinkäufe zwischen 2002 und 2011 um fast 600 Prozent steigerte. Die meisten Rüstungslieferungen für die syrischen Regierungstreitkräfte kamen aus Russland. Und trotz der gewaltsamen Eskalation der innersyrischen Konflikte seit Sommer letzten Jahren hielten diese Lieferungen auch noch bis mindestens Ende 2011 an. Nach Erkenntnis von SIPRI wurden 2011 aus dem Ausland importierte Waffen von den Regimen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Bahrein und Syrien zur Unterdrückung der Opposition eingesetzt. Die Waffen, die – aus welchen Quellen auch immer – inzwischen an die «Freie Syrische Armee» und andere Oppositionskräfte geliefert werden, können von SIPRI nicht erfasst werden.

Rüstungsexporte sollen sinkende Inlandsaufträge kompensieren

Nach der Analyse von SIPRI blieb der internationale Waffenhandel trotz der Wirtschaftskrise deshalb weitgehend stabil, weil es sich in diesem Industriezweig um langfristige Produktionsabläufe handelt. Auch bei den Käufern – hauptsächlich Regierungen – sowie bei den Zulieferern änderte sich nur wenig. Diese Analyse lässt allerdings wesentliche Veränderungen ausser Acht, die sich in vielen Ländern mit relevanten Rüstungsindustrien abzeichnen: Wegen der leeren Haushaltskassen sowie in Folge der Verkleinerung der nationalen Streitkräfte sinken die Auftragsvolumen der Regierungen an die heimischen Rüstungsunternehmen. Diese erwarten als 'Kompensation' erleichterte Bedingungen sowie aktive Unterstützung der Regierungen für Rüstungsexporte.

In Deutschland zum Beispiel will Verteidigungsminister Thomas de Maizière bei einer Reihe bestehender Beschaffungsaufträge (u.a. für Eurofighter, Transporthubschrauber NH90, Kampfhubschrauber Tiger, Schützenpanzer Puma) die ursprünglich bestellten Stückzahlen deutlich reduzieren. Die deutschen Rüstungsunternehmen, vertreten durch den «Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie» lehnen dieses Anliegen nicht rundweg ab, verlangen als Gegenleistungen aber eine erleichterte Genehmigungspraxis sowie eine aktive Aussenwirtschaftsförderung der Regierung für Rüstungsexporte. Beides hat die schwarz-gelbe Koalition zugesagt und zum Teil bereits in die Tat umgesetzt. (az)

Pilatus-Exportschlager Turboprop-Militärtrainer

Die Pilatus-Flugzeugwerke in Stans NW auf dem absoluten Höhenflug: Kurz nacheinander am 24. und 25. Mai 2012 gab der Hersteller von militärischen Trainingsflugzeugen und von Geschäftspropellern den Abschluss von Lieferverträgen mit den Luftwaffen Indiens und Saudi-Arabiens bekannt. Sie gehören zu den grössten Geschäften in ihrer Geschichte, die Firma steigerte Umsatz wie Gewinn wie noch nie.

In den vergangenen Jahren schien es, als ob bei Pilatus der Bereich militärische Trainingsflugzeuge gegenüber dem Bereich Geschäftsflugzeuge ins Hintertreffen geraten würde. Im Jahr 2009 steuerte der Militärbereich gerade noch 17 Prozent zum Umsatz der ganzen Pilatus-Gruppe bei. Aber bereits ein Jahr später waren es wieder 42 Prozent, und 2011, im Jahr des höchsten je erzielten Umsatzes überhaupt, machte die Militärabteilung 60 Prozent des Gesamtumsatzes aus, oder in absoluten Zahlen nicht weniger als 465 Millionen Franken.

Das hat mit der weltweiten Rezession zu tun, die zwar den Geschäftsbereich trifft, weniger jedoch die militärischen Bedürfnisse der Luftwaffen verschiedener Staaten. Und damit, dass letztere Entwicklungen sehr stark fluktuieren können – nichts Ungewöhnliches im Rüstungsexportgeschäft. Der Pilatus-Geschäftsbericht des Jahres 2009 vermerkte den grössten bis dahin je erhaltenen Auftrag, nämlich jenen für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAR).

Vereinigte Arabische Emirate: PC-21

Am 25. Mai 2011 bewilligte der Bundesrat an seiner wöchentlichen Sitzung zum zweiten Mal (nachdem die am 13. Mai 2009 erteilte und für zwei Jahre geltende Ausfuhrbewilligung nur zum kleinsten Teil genutzt worden war) den Export von 25 militärischen Trainingsflugzeugen des neusten Typs PC-21 an die Luftwaffe der VAR. Sie dienen als Ersatz der bereits in den 1990er-Jahren gelieferten PC-7-Flieger. In der Waffenausfuhrstatistik fürs vergangene Jahr tauchte interessanterweise eine erste Tranche von 16 PC-21-Flugzeugen über 258,1 Mio. Franken auf. Üblicherweise unterstehen die Militärtrainer trotz jahrzehntelanger Kritik an dieser Praxis nicht dem Kriegsmaterial- sondern dem Güterkontrollgesetz, obwohl sie problemlos mit Maschinengewehren und Bomben umgerüstet werden können und öfters auch gegen Aufständische in verschiedenen Regionen eingesetzt wurden.

/ Peter Weishaupt /

Der Bundesrat hatte sich bei seiner letztjährigen Erneuerungsbewilligung laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft Seco hier aber auf das Kriegsmaterialgesetz gestützt, «weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Flugzeuge in der Schweiz für die Aufnahme von Waffen modifiziert würden». Und zudem «bei dieser Gelegenheit überprüft, «ob die Voraussetzungen für eine Ausfuhr immer noch erfüllt sind und dabei den Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten ein besonderes Augenmerk beigemessen».

Wie die NZZ am Sonntag vom 29. Mai 2011 zu melden wusste, hatten sich die beiden SP-Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey und Simonetta Sommaruga gegen das Geschäft ausgesprochen, vor allem wegen der instabilen Lage im gesamten arabischen Raum. Calmy-Rey wollte hier eine Grundsatzerdebatte anregen, ob überhaupt noch Kriegsmaterial in diese Region geliefert werden dürfe. Der Gesamtbundesrat entschied anders, weil die VAR «zu den politisch stabilsten Ländern der Region» gehörten – und obwohl das Land im Jahre 2005 entgegen allen Versprechungen 40 Panzerhaubitzen aus der Schweiz an Marokko weiterverkauft hatten.

Der Pilatus-Geschäftsbericht 2011 vermeldete, dass die Produktion der 25 PC-21 zeitgerecht im Dezember 2011 abgeschlossen werden konnte. Ebenfalls übergeben worden seien fast alle Trainings- und Simulatorsysteme. Auch die Ausbildungen der Piloten und des technischen Personals waren Teil des Vertrages und wurden zum grössten Teil abgeschlossen.

Saudi-Arabien: 55 PC-21

Es ist anzunehmen, dass der Bundesrat trotz explosiver Lage in der Golfregion auch die Lieferung von 55 PC-21-Turboprop-Trainingsflugzeugen an die Luftwaffe Saudi-Arabiens bewilligen wird. Am 25. Mai gaben die Pilatus-Werke eine entsprechende Vereinbarung mit den Saudis im Rahmen eines 2,4 Milliarden Franken umfassenden Rüstungsgeschäfts mit dem britischen Konzern BAE Systems bekannt. Bereits vor 25 Jahren hatte Pilatus 47 PC-9-Flugzeuge an die Royal Saudi Air Force, eine der grössten Luftwaffen der Region verkauft.

«Dem Vertrag vorausgegangen ist eine äusserst professionelle Evaluation, welche unter extrem heissen Bedingungen in Riad

stattgefunden hat.» Pilatus-VR-Präsident und CEO Oscar J. Schwenk triumphierte, dass diese Lieferung «die grösste in der Geschichte von Pilatus» sei und die Firma «stolz darauf ist, noch nie eine Luftwaffe als Kunde verloren zu haben – einmal Pilatus, immer Pilatus!» Saudi-Arabien verletzt nicht nur systematisch die Rechte seiner BürgerInnen, sondern marschierte im letzten Frühling auch zusammen mit den VAR und Katar in Bahrein ein, um die dortige Demokratiebewegung niederzuschlagen.

Indien: 75 PC-7 für 500 Millionen

Einen Tag vorher, am 24. Mai 2012 gab die Pilatus bekannt, dass sie bei der indischen Luftwaffe zum Zug gekommen war. Sie will dem Land insgesamt 75 PC-7-MkII-Trainingsflugzeuge im Wert von einer halben Milliarde Franken liefern, inklusive Simulatoren sowie Ausrüstung und Unterhalt. Beim PK-7 Mk handelt es sich um die Kombination des Rumpfes und der Flugzeugelektronik des PC-9 mit der Propellerturbine des PC-7. Die Auslieferung soll bis Ende 2012 erfolgen. Gewartet werden sie von der Hindustan Aeronautics, deren Hauptaktionär die Regierung ist. Zudem wurde eine Option für 30 weitere Flugzeuge unterzeichnet. Kompensationsgeschäfte in Indien wird die Pilatus über 30% der Vertragssumme leisten. Pilatus erhofft sich, dass dieses Geschäft mit der viertgrössten Luftwaffe der Welt die Türen zu weiteren Verkäufen öffnet. Oscar J. Schwenk frohlockt, dass «wir dabei die gesamte Weltkonkurrenz schachmatt gesetzt haben!»

Botswana: 5 PC-7

Ende April wurde ein Vertrag für fünf PC-7 MkII mit der Botswana Defence Force abgeschlossen. Botswana ersetzt damit die PC-7 Flotte, die seit 1990 im Einsatz steht. Der Auftrag beläuft sich auf rund 40 Millionen Schweizer Franken und die Flugzeuge sollen Anfang 2013 ausgeliefert werden.

Südafrika: Aufwertung der PC-7

Der Auftrag der südafrikanischen Luftwaffe, die Avionik ihrer PC-7 MkII auf den neusten Stand zu bringen, läuft auf Hochtouren. Bis Ende 2011 wurden 18 von insgesamt 35 Trainingsflugzeugen mit einem Glascockpit ausgestattet. Auch die Installation von Trainings- und Debriefingsystemen wurde vorangetrieben und konnte noch vor Jahresende abgeschlossen werden. Die südafrikanische Luftwaffe zählt zu den langjährigen und treuen Kunden von Pilatus. ◆



Armeeewaffen längst nicht unter Kontrolle

Nachlässigkeiten beim Einzug von Armeeewaffen, Eingriffe des Bundesverwaltungsgerichts bei der Sicherheitsüberprüfung, Aussicht auf eine künftige Waffenschwemme: Die Versprechen des VBS für eine bessere Kontrolle der Armeeewaffen bewegen sich auf unsicherem Grund.

Etliche schwere Tötlichkeiten der letzten Zeit, die mit Armeeewaffen ausgeführt wurden, haben die Diskussion um den Waffenschutz auch nach der Ablehnung der Waffenschutzinitiative vor einem Jahr nicht zur Ruhe kommen lassen. Vor allem der Mord an einem Polizisten im bernischen Schafhausen am 24. Mai 2011, bei dem der Täter seine Dienstwaffe bei einer Wohnungsräumung eingesetzt hatte, obwohl er aus medizinischen Gründen schon längst aus der Armee entlassen worden war, seine Waffe aber nie eingezogen worden war, löste weitreichende Kontrollen aus. Das VBS veranlasste die Überprüfung von 309'000 Personendossiers, davon 247'000 von ehemaligen Soldaten und 32'000 von solchen, die aus medizinischen Gründen ausgemustert worden waren, um festzustellen, ob sie korrekt abgerüstet worden waren.

6319 Dienstwaffen eingezogen

Ebenfalls wurden 30'000 Besitzer einer Leihwaffe kontrolliert – vorwiegend Offiziere sowie Funktionäre von Schützenvereinen. Als Resultat dieser Abklärungen zog die Armee bislang 6319 Waffen ein, wie das VBS an einer Medienkonferenz am 1. Mai dieses Jahres bekanntgab. Dabei handelt es sich zum einen um 5904 Leihwaffen, deren Besitzer die Bedingungen nicht (mehr) erfüllten. Diese Bedingungen wurden im Jahr 2010 verschärft: So müssen die Besitzer ihre Leihwaffe alle drei Jahre in einem Armeelogistikcenter vorweisen sowie regelmässig an Schiessübungen teilnehmen.

Bei den übrigen 415 eingezogenen Sturmgewehren und Pistolen handelt es sich um Waffen von Dienstpflichtigen. 188 Soldaten wurden dabei als Risiko eingestuft, andere wurden entwapnet, weil sie etwa schiessuntauglich oder zum Zivildienst übergetreten waren. 733 weitere Fälle sind derzeit pendent, die Militärpolizei soll nun auch diese Waffen einziehen. Eine relativ aufwendige Aktion, denn bevor die Beamten an der Türe des Betroffenen klingeln kann, muss sie jeweils abklären, ob sich der Waffenbesitzer allenfalls mit Gewalt wehren könnte.

Dienstbüchlein-Rückrufaktion

Bei 27'000 entlassenen Soldaten verfügte die Armee nur über unvollständige Daten. In diesen Fällen könne man teilweise nicht nachvollziehen, welche Gegenstände diese Soldaten abgegeben hatten und welche

/ Peter Weishaupt /

nicht, führte der Logistikchef der Armee, Daniel Baumgartner aus. Deshalb hat die Armee nun von diesen Ex-Soldaten in einer Rückrufaktion das Dienstbüchlein, wo die Abgabe eingetragen sein müsste, zur Kontrolle eingefordert. Der Kanton St. Gallen hat beschlossen zu helfen und zieht für den Bund die Armeeewaffen ein. Die Rede ist von 23 pendenten Fällen auf sanktgallischem Gebiet.

Wie lausig trotz Schafhausen die gängige Kontrollpraxis geblieben ist, zeigte sich am 12. April in Altstätten SG, als ein arbeitsloser Mann bei einem Streit auf einen Widersacher schoss und ihn mit mehreren Schüssen aus seinem Sturmgewehr schwer verletzte. Vorbestraft wegen Tötlichkeiten, hätte er die Dienstwaffe schon vor sechs Jahren abgeben müssen, als er in den Zivildienst gewechselt war. Die Armee hatte ihn zwar dreimal schriftlich aufgefordert, seine Waffe abzugeben. Weil er aber nicht als gemeingefährlich eingestuft wurde, passierte nichts.

Rekruten-Sicherheitsüberprüfung

Auf politischer Ebene laufen diverse Bestrebungen, die Waffeneinzugspraxis zu verschärfen und ihre Effizienz zu erhöhen. Der Nationalrat schloss sich am 28. Februar 2012 einer Ständeratsmotion an, die von Polizei und Strafverfolgungsbehörden bei Gewalttätigkeiten und erfolgten Drohungen die «unverzügliche» Beschlagnahmung von Dienstwaffen fordert und setzte noch einen drauf, indem er eine automatische Information der Armee bei hängigen Strafverfahren von Soldaten fordert. In der vergangenen Juni-Session wiederum wollte der Ständerat nicht so weit gehen, automatisch müsse das nur sein, wenn Zweifel bezüglich des Gefahrenpotenzials herrschten.

In gewissem Gegensatz dazu stehen drei neue Urteile des Bundesverwaltungsgerichts zur Sicherheitsüberprüfung bei Stellungs-pflichtigen. Seit dem 1. August 2011 prüft die Fachstelle für Personensicherheitsüberprüfungen im Bereich Informatik- und Objektsicherheit (Fachstelle IOS) auf Antrag des Führungsstabs der Armee alle Stellungs-pflichtigen, um das mögliche Gewaltpotenzial eines Rekruten einschätzen zu können. Je nachdem wird dieser gar nicht in die Armee aufgenommen oder ihm keine persönliche Waffe überlassen. Laut VBS-Sprecherin Silvia Steidle wurde bislang bei immerhin zwei Prozent der Stellungs-pflichtigen empfohlen, ihnen keine Ordonnanzwaffe abzugeben. Und 456 junge Männer wurden sogar nicht in die Armee aufgenommen.

Bundesverwaltungsgericht klemmt

Das Bundesverwaltungsgericht befand am

19. April 2012, die Armee gehe bei der Sicherheitsüberprüfung von Rekruten etwas zu weit, wenn sie diese zusätzlich noch ein Formular unterschreiben lässt, mit dem sie in diese Überprüfung einwilligen sollen. Für diese pauschale Zustimmungsforderung gebe es keine rechtliche Grundlage. Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit BWIS erlaube die Grund- und erweiterte Prüfung erst, wenn die Stellungspflichtigen konkret für Funktionen vorgesehen seien, bei denen sie mit vertraulichen Informationen oder Materialien in Berührung kommen.

In einem zweiten Fall hat das Gericht am 24. Mai die Beschwerde eines Hauptmannes gutgeheissen, der von der Fachstelle IOS als Sicherheitsrisiko eingestuft worden war. Das Gericht stellte zwar fest, dass der Mann zu Recht als besonders sicherheitsempfindlich eingestuft worden sei, da er Zugang zu als geheim klassifizierten Informationen, militärischen Anlagen mit Schutzzone 3 sowie vertraulichem und geheimem Armeematerial hat. Da seine Vorstrafen aber im Wesentlichen aus Verkehrsdelikten bestanden, lag für das Gericht kein drohender Vertrauensmissbrauch vor.

Waffenschwemme absehbar

Im dritten Fall vom 21. April lehnte es die Beschwerde eines Mannes aber ab, der von der Fachstelle IOS weder zum Militärdienst noch zur Abgabe einer Waffe zugelassen worden war. Zwar meinte das Bundesverwaltungsgericht, man könne beim Mann nicht von einem ausserordentlichen Risiko ausgehen, die Fachstelle habe einen strengen Massstab angelegt. Doch haben die in jüngster Zeit mit Armeeewaffen begangenen Delikte offenbar nachhaltigen Eindruck hinterlassen, denn es führte aus, dass «die öffentliche Kritik bestimmt gross wäre, käme es wieder zu einem solchen Vorfall und würde sich in der Folge herausstellen, dass Anzeichen für ein erhöhtes Gewaltpotenzial bestanden hätten». Eine vorsichtige Praxis sei deshalb sachlich vertretbar.

Das Problem der Armeeewaffenabgabe wird sich mit der geplanten Verkleinerung der Armee auf 100'000 Soldaten und 80'000 Reservisten noch gewaltig vergrössern. Denn damit werden grosse Mengen an Armeematerial ausser Dienst gestellt, insbesondere Zehntausende von Ordonnanzwaffen, die zu einem ansehnlichen Teil entweder behalten werden dürften oder in den Waffenhandel gelangen. Zwar ist dafür im Gegensatz zu früher ein Waffenerwerbsschein nötig, bei dem eine gewisse Überprüfung erfolgt, doch ändert das nichts an einer absehbaren weiteren Waffenschwemme in unseren Haushalten. ♦

Zwischen nationalen und globalen Interessen

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz legte den Sektionen am 23. März 2012 den Entwurf eines Migrationspapiers vor. Dieses umschreibt in 149 Positionen den Inhalt einer «umfassenden und kohärenten Migrationspolitik». Auf insgesamt 63 Seiten wird versucht, zwischen schweizerischen Eigeninteressen, globaler Verpflichtung und der Verantwortung gegenüber den zuwandernden Menschen zu vermitteln. Am Parteitag vom 8./9. September 2012 in Lugano soll die definitive Fassung des Papiers genehmigt werden.

Der vorliegende Entwurf ist informativ, bietet wichtige Anregungen, bleibt aber in weiten Bereichen im Hinblick auf die Umsetzung unklar. Zum Teil enthält es auch Folgerungen, die zurückgewiesen werden müssen. In diesem Sinne braucht das Papier eine breite Diskussion. Deutlich wird bei der Lektüre, dass wir uns nicht auf die eigenen schweizerischen Interessen beschränken dürfen. Wir müssen uns zugehörig zur internationalen Völkergemeinschaft verstehen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass als Folge unserer Politik anderswo Notlagen entstehen. Ebenso müssen wir Sorge tragen, dass Migrationsentscheide nicht zu aussichtslosen Lebenssituationen der betroffenen Menschen führen.

Jetzt ist eine Globallösung nötig

Zu den wichtigen Erkenntnissen des Migrationspapiers gehört, dass heute wachsende Teile der zugewanderten Menschen eine qualifizierte Bildung haben. Es müsse Sorge getragen werden, dass dadurch nicht den Herkunftsgebieten die dort lebenswichtigen Fachkräfte entzogen werden. In diesem Sinne wird eine Weiterbildungsoffensive vorgeschlagen, damit die Bedürfnisse nach beruflichen Qualifikationen mit den in unserer Mitte lebenden Menschen abgedeckt werden können.

Das harte Schicksal der Sans-Papiers zeigt gemäss Migrationspapier vor allem, dass diese Menschen in unserem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Die Kriterien, nach welchen gemäss SP Schweiz-Papier bei längerdauerndem Aufenthalt einzelfallweise die Legalisierung durchgesetzt werden soll, bleiben zu eng. Meines Erachtens müsste jetzt eine Globallösung vorgesehen werden. Für später müssten verbindliche Einzelfallkriterien erarbeitet werden.

Unklare und ...

Richtig ist die Folgerung, dass dauernd auch Arbeitnehmende aus den Lebensräumen ausserhalb von Europa auf allen Berufsebenen zugelassen werden müssen. Das Zweikreisemodell sei in diesem Sinne überholt. Die Folgerungen bleiben aber unklar. Nicht

/ Jürg Meyer /

völlig zu Unrecht wird auf den Bedarf nach Koordination der Zuwanderungspolitik in europäischem Rahmen verwiesen.

Zu den stärksten Positionen des Papiers gehört die Forderung nach Ausweitung der flankierenden Massnahmen. Hierzu gehören einerseits verbindliche Mindestlöhne und Arbeitsnormen, andererseits auch der Einbezug der Wohnpolitik im Sinne der Gewährleistung ausreichender Angebote preisgünstiger Wohnungen, im weiteren die Bildungspolitik im Sinne der Chancengleichheit.

Mit Problemen verbunden ist die Forderung des Papiers nach Beschleunigung der Asylverfahren. Sie ist nicht von vornherein falsch. Die Betroffenen haben ein Bedürfnis nach möglichst schneller Klarheit über ihre persönliche Situation. Oft ist es aber sehr schwierig, Arbeitssuchende von politisch verfolgten Menschen zu unterscheiden. In vermehrtem Masse sollten generelle Rückschaffungssperren für Menschen aus Kriegs- und Repressionsgebieten vorgesehen werden.

... unbefriedigende Folgerungen

Unbefriedigend bleiben die Folgerungen zu den Zwangsausschaffungen «als allerletzte Möglichkeit». Auf jeden Fall sollten die Zwangsausschaffungen auf Level IV mit Fesselungen und Knebelungen ohne Vorbehalte abgelehnt werden. Richtig bleibt die Erkenntnis, dass mit einer offeneren Politik gegenüber Arbeitsmigration aus Drittstaaten zu grossen Teilen Ausschaffungen vermeidbar werden. Unbefriedigend ist im weiteren, dass sich die Autoren des Papiers nicht zu einer integralen Ablehnung des Nothilferegimes für abgelehnte Asylsuchende durchringen.

Unbefriedigend bleiben die einschränkenden Folgerungen zum Familiennachzug. Es soll durchaus angestrebt werden, dass Jugendliche in fortgeschrittener Pubertät rasch nachgezogen werden. Die realen Verhältnisse sind aber oft sehr komplex. Darum sollte der verspätete Familiennachzug nicht verweigert werden. Unbefriedigend sind auch die Ausführungen zu den Integrationsvereinbarungen gegenüber Menschen mit Integrationsproblemen. Diese schaffen in oft sehr prekären Verhältnissen zusätzliche Unsicherheit. Die Betroffenen leben nur noch auf Probe in der Schweiz. Schwierig ist dies vor allem für Familien mit Kindern. Es darf nicht sein, dass eingeschulte Kinder die Schweiz wieder verlassen müssen, weil die Eltern im Zuge von Integrationsvereinbarungen das Aufenthaltsrecht verlieren. ♦

Monströse Asylgesetz-Revision

Beim Erscheinen dieser Ausgabe wird der Nationalrat die Revision des Asylgesetzes als Zweitrat durchberaten haben. Seine staatspolitische Kommission (SPK) hat etliche Verschärfungsanträge aus der SVP-Küche übernommen. Zwar wurde ganz knapp abgelehnt, Asylsuchenden während des Verfahrens nur noch Nothilfe auszurichten, die bisherige Sozialhilfe würde gestrichen. Faktisch bekämen sie nur noch etwa acht Franken pro Tag, eine glatte Halbierung. Doch hat die Forderung Aussicht auf Erfolg im Nationalrat. Das würde weder der Bundesverfassung noch der Flüchtlingskonvention widersprechen, behauptet das Bundesamt für Migration in einem eigens erstellten Rechtsgutachten. Bisher galt die Nothilfe nur für abgewiesene Gesuche, neu würden Flüchtlinge teils während Jahren nur noch mit dieser auskommen müssen. Dazu soll das Familienasyl aufgehoben und Gesuche dürfen nicht mehr auf Botschaften eingereicht werden.

Weitere, erfolgreiche Anträge der Kommission betreffen die Bewegungsfreiheit von «renitenten» Asylbewerbern, neu könnten sie auf einen definierten Raum um ein Asylzentrum beschränkt werden. Die SVP will da natürlich weitergehen und fordert eigentliche Internierungslager. Andererseits will die SPK, dass die ohnehin mit der Revision geplante Abschaffung der Desertion als Flüchtlingsgrund (dies ist direkt gegen die eritreischen Militärdienstverweigerer gerichtet) auch noch als dringlich erklärt wird, d.h. sofort in Kraft treten kann, ohne ein allfälliges Referendum abwarten zu müssen. Dieses wird notwendiger denn je ergriffen werden müssen, die Solidarität sans frontières hat bereits erste Schritte ergriffen, der SFR wird es mittragen. Vorerst findet am 23. Juni eine grosse Demonstration gegen die immer menschenverachtendere Migrationspolitik in Bern statt. (pw)



Eine bis anhin missglückte Trennung

Mitte April 2012 eskalierte der Konflikt zwischen dem Sudan und dem von ihm getrennten neuen Südsudan in der vorübergehenden Besetzung von umstrittenen Ölfeldern durch den Süden. Ein Blick auf die Hintergründe von Marco Pfister (KOFF).

Nach einer sechsjährigen Übergangsphase, in der gemäss Friedensabkommen vom Januar 2005 die Einheit des Landes 'attraktiv' gemacht werden sollte, erklärte der Südsudan im Juli des letzten Jahres seine Unabhängigkeit. Fast 99% der Südsudanesen hatten sich in einem Referendum dafür ausgesprochen. Auch westliche Diplomaten hatten die Trennung mit der Lösung eines bewaffneten Konflikts gleichgestellt, unter dem der Sudan seit seiner Unabhängigkeit 1956 fast ununterbrochen gelitten hatte.

Bis zur Unabhängigkeit war die Frage vor allem, ob Präsident Bashirs Nationale Kongresspartei den Süden ziehen lassen würde. Sollte sie dies tun, würden nicht die neuen zwischenstaatlichen Beziehungen ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit rücken, sondern die jeweilige Regierungsführung und die Anfechtung von deren Legitimität durch bewaffnete Gruppen innerhalb der beiden Staaten. Die gegenseitige Abhängigkeit bei der Ölförderung – der Süden hatte das Öl, der Norden die für den Export nötige Infrastruktur – liess darauf hoffen, dass die beiden Staaten zusammenarbeiten würden.

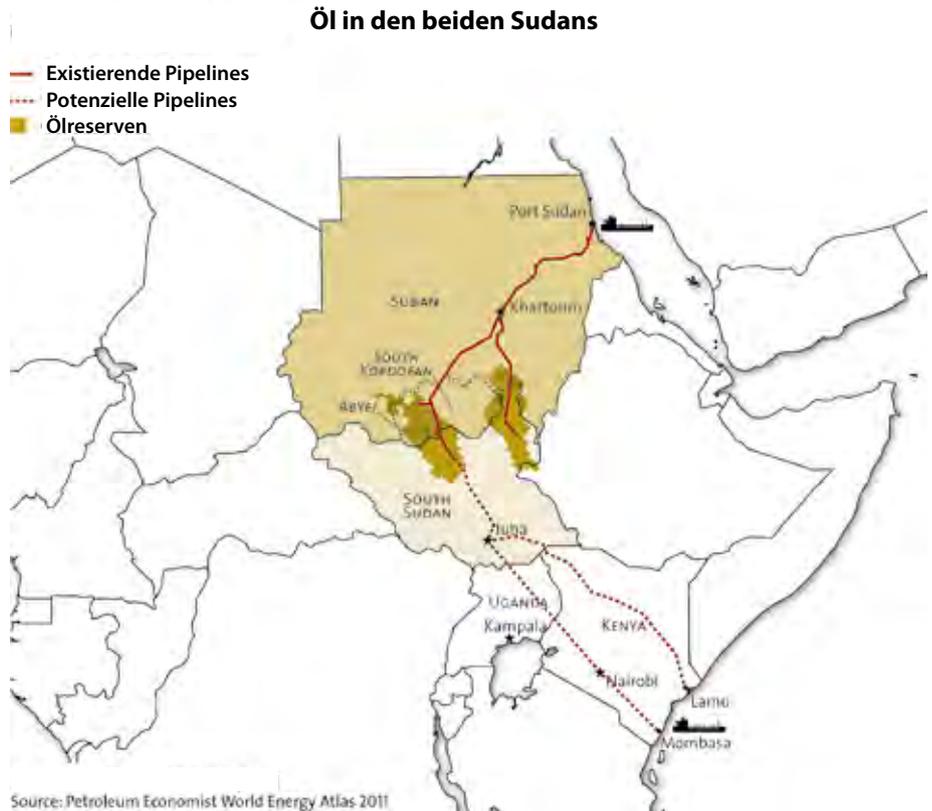
Trennung brachte keine Lösung

Seit der Unabhängigkeit des Südens haben sich die Beziehungen zwischen Khartoum und Juba jedoch stark verschlechtert. Die Ölförderung im Südsudan wurde gestoppt und bereitet beiden Ländern massive Einkommensverluste. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind vollkommen zum Erliegen gekommen, die Südsudanesen im Norden werden ausgeschafft, und man beschuldigt sich gegenseitig, Rebellen Unterschlupf zu bieten.

Doch damit nicht genug: Nachdem der Norden im Kampf gegen diese Rebellen offenbar südsudanesisches Gebiete bombardiert, nahm die südsudanesischen Armee Heglig ein. Aus diesem an der Grenze liegenden Ölfeld hatte der Norden bis dahin mehr als die Hälfte seines verbliebenen Erdöls gefördert, und diese schmerzliche Niederlage liess Befürchtungen einer Kriegseskalation aufkommen. Infolge der Gefechte schalteten sich die Afrikanische Union und der UNO-Sicherheitsrat ein, doch die gegenseitigen Beschuldigungen und Provokationen halten an.

Konflikt um Afrikas Kashmir

Die unmittelbaren Probleme liegen darin, dass es den beiden Seiten nicht gelungen ist,



die bei der Trennung anstehenden Fragen zu beantworten: Wer würde welchen Anteil der Staatsschulden übernehmen? Wie hoch würden die Gebühren für die Benützung der nord-sudanesischen Ölinfrastruktur durch den Süden ausfallen? Und vor allem: Wo genau würde die Grenze liegen?

Bei dieser Frage spielte insbesondere die Region Abyei eine zentrale Rolle, welche mittlerweile oft als Afrikas Kashmir bezeichnet wird. Gemäss Friedensvertrag hätte ein Referendum darüber entscheiden sollen, ob die Region zum Süden oder zum Norden gehören würde. Letzteres hat bis heute nicht stattgefunden: Zuerst konnten sich die Parteien während Jahren nicht über die Grenzen Abyeis einigen, doch seit diese vom Ständigen Schiedsgericht in Den Haag geklärt wurden, streiten sie sich nun um die Definition von «Einwohner» (welche im Referendum stimmberechtigt sind).

Kriegsrhetorik statt Versöhnung

In der Kriegsrhetorik der letzten Monate werden die tiefer liegenden Probleme erkennbar. Letztendlich können sich die beiden Seiten nicht einigen, weil Jahrzehnte des Krieges gegenseitiges Vertrauen und Respekt zerstört haben. Präsident Bashirs Aussage, die südsudanesischen Führung bestehe aus «Insekten» und müsste «mit dem Stock gemassregelt werden,» liess unter den Südsudanesen die schmerzliche Erinnerung an Jahrzehnte der wahrgenommenen Knechtschaft aufleben. Der von Nordsudanese oft

geäusserte Wunsch der Verbrüderung mit den Südsudanese wird unter solchen Bedingungen nicht stattfinden. Dazu bräuchte es zuerst einen Versöhnungs-Prozess.

Vergangenheitsbewältigung erfordert jedoch starke, visionäre und grossmütige Führungspersönlichkeiten. Die jetzigen bemühen sich jedoch gerade um das Gegenteil: Die Rhetorik gegen die 'anderen' soll die Einheit im eigenen ethnisch und kulturell heterogenen Land fördern und die Macht dadurch sichern, dass durch den Aufbau des Feindbildes von der eigenen Regierungsführung abgelenkt wird. ◆

Bildnachweise: Seite 1: UN-Photo / Albert Gonzalez Farran. Seite 3: Emmi. Seite 6: aus Strategic Trends 2012/CSS. Seite 7: Komitee Nein zur schädlichen Auns-Initiative. Seite 13: National Post. Seite 14: SFR. Seite 15: WOZ. Seite 16: SFR

Auns will Stellung der Schweiz untergraben

«Stärkung der Volksrechte» tönt immer gut. Wer ist schon nicht für mehr Demokratie, fürs Volk, für Mitbestimmung, für die Freiheit, den Daumen senken oder aufrichten zu können? Die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» AUNS, über die im Juni entschieden wird, jongliert fast lehrbuchmässig mit dem vorgeblichen Willen des Volkes.

Geht es nach der AUNS, müssen künftig sämtliche völkerrechtlichen Verträge, ob sie nun bedeutend oder völlig unwichtig sind, ob sie nun bestritten werden oder und vor allem auch, wenn kein Hahn danach kräht, obligatorisch Volk und Ständen unterbreitet werden, d.h. es muss sich niemand mehr ums Sammeln von Unterschriften für ein Referendum bemühen, wie es heute bei einigen (nicht allen) aussenpolitischen Vorlagen der Fall ist. Und neben der Zustimmung des Volkes muss auch in jedem Fall ein Ständemehr erreicht werden. Vorgeblich winkt uns also eine «Ausweitung der demokratischen Volksrechte», falls wir dem Staatsvertragsreferendum ungeschaut zustimmen.

Totale Blockierung der Aussenpolitik

In Tat und Wahrheit bezweckt die AUNS aber genau das Gegenteil der Stärkung der Volksrechte. Weil sie auf dem doppelten Mehr von Volk und Ständen beharrt. Damit will sie den kleinen konservativen Kantonen zu einem Übergewicht gegenüber der Mehrheit des Volkes in der Aussenpolitik verhelfen und so eine zukunftsgerichtete Aussenpolitik blockieren.

Würde es der AUNS tatsächlich darum gehen, die Mitwirkungsrechte des Volkes in der Aussenpolitik zu stärken, so hätte sie das obligatorische Referendum ohne Ständemehr gewählt, wie es heute schon für Volksinitiativen für die Totalrevision der Bundesverfassung oder von der Bundesversammlung abgelehnte Volksinitiativen in Form der allgemeinen Anregung gilt (Artikel 140, Abs. 2 der Bundesverfassung). Der Verzicht auf das Ständemehr hätte sich umso mehr gerechtfertigt, als die Mitwirkung der Kantone in der Aussenpolitik heute schon mehr als genug verfassungsrechtlich abgesichert ist (Art. 55 BV).

Es geht um eine zusätzliche Hürde

Doch das Ziel der AUNS ist nicht die Stärkung der Stellung des Volkes in der Aussenpolitik, sondern das Gegenteil. Es ist ihr ein Dorn im Auge, dass beispielsweise 2005 das Referendum gegen den Beitritt zum Schengen/Dublin-Abkommen an der Mehrheit des Volkes gescheitert ist. Denn die Hürde des Ständemehrs hätte diese Vorlage nicht genommen, wie schon 1994 das Antirassis-

/ Ruedi Tobler /

musgesetz, dessen Annahme Voraussetzung für den Beitritt zur Konvention gegen Rassendiskriminierung war. Und 2001 fanden die Vorlagen für die Beteiligung der Schweiz an UNO-Friedenseinsätzen ebenfalls eine Mehrheit im Volk, aber nicht bei den Kantonen.

Die Beispiele zeigen, dass die AUNS beileibe nicht die Stellung des Volkes zu stärken beabsichtigt, sondern den Volkswillen mit der zusätzlichen Hürde des Ständemehrs abzublocken gedenkt. Es geht dabei auch nicht um einen Minderheitenschutz, wozu das Ständemehr ursprünglich geschaffen worden ist. Denn die internationalen Menschenrechtsabkommen etwa, denen die Schweiz beigetreten ist, dienen ohne regionale (kantonale) Unterschiede dem Schutz der Rechte von Minderheiten und Schutzbedürftigen.

Die verdeckte Agenda der Auns

Mit ihrer ideologischen Überhöhung absoluter Souveränität will die AUNS verhindern, dass die Schweiz ihre Interessen im Rahmen der Völkergemeinschaft wahren kann und sie zum unzuverlässigen Verhandlungspartner wird. Sie will die seit dem Beitritt zur UNO gestärkte Stellung unseres Landes in der Welt untergraben. Und nimmt auch bewusst in Kauf, eine Vielzahl von überflüssigen Volksabstimmungen zu unbestrittenen Vorlagen zu provozieren, um ihre verdeckte Agenda – das Untergraben der Volksmehrheit durch das Ständemehr – zu verwirklichen.

HSG-Professor Bernhard Ehrenzeller hat die Staatsverträge der Schweiz von August 2003 bis Mai 2011 unter die Lupe genommen. In diesem Zeitraum wären nicht weniger als 77 Abkommen, die dem fakultativen Referendum unterstellt waren, unter die obligatorischen Kriterien der Auns-Initiative gefallen, in acht Jahren wären wir also Dut-

zende von Malen an die Urnen gerufen worden, tatsächlich wurde aber nur sehr selten das Referendum ergriffen.

Untergrabung des Volkswillens

Die Rechtskonservativen setzen darauf, dass die (meist Innerschweizer) konservativen Kantone künftig alles zu Grabe tragen könnten, was zu internationalen Vereinbarungen geführt hat – auch gegen den Willen des Volkes. Ihre Hoffnung auf die konservativen Kantone ist durchaus gerechtfertigt, so hatten die folgenden Verfassungsvorlagen zwar ein Volksmehr, aber keines der Stände erreicht und wurden deshalb abgelehnt: Kulturförderungsartikel (1994), Erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer (1994), Energieartikel (1983), Konjunkturartikel (1975), Bildungsartikel (1973), Bundesfinanzordnung (1970) und Mieterschutz (1955).

Und wäre es nach diesen Kantonen gegangen, würde die heutige Schweiz gar nicht existieren. Die erste Bundesverfassung 1848 wurde von den Kantonen Appenzell IR, Uri, Ob- und Nidwalden, Zug, Schwyz, Wallis und Tessin verworfen, die Totalrevision von 1872 zusätzlich auch noch vom Aargau, von Neuchâtel, Graubünden, Freiburg, Luzern, Genf und dem Waadtland. Das hätten die Frauen und Männer der Auns wohl auch heute noch gerne, uns in eine Vorschweiz zu katapultieren.

Bei allem Respekt vor dem Gebrauch der Volksrechte kann die Initiative «Staatsverträge vors Volk» kaum anders denn als Missbrauch bezeichnet werden. Der Schweizerische Friedensrat ruft deshalb die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu auf, Nein zu diesem Missbrauch und zu dieser verlogenen Initiative zu sagen. ◆

Das Zürcher Komitee gegen die Auns-Initiative auf der Pestalozziewiese an der Bahnhofstrasse.



Krieg au

Videospiele gehören heute vor allem für junge Menschen zum Alltag. Spiele, die Militär und Krieg darstellen, erfreuen sich besonderer Beliebtheit. Die in den Militärspielen erzählten Geschichten sind dabei oft politisch brisant. Die Spieleentwickler arbeiten nicht selten eng mit der Waffenindustrie und dem Militär zusammen oder sind sogar selbst in der Rüstungsbranche tätig.

Der Beitrag von Michael Schulze von Glasser stammt aus dem Dossier 69 «Computerspiele» der Ausgabe 1/2012 des vierteljährlichen Bonner Magazins «Wissenschaft und Frieden» (www.wissenschaft-und-frieden.de) und beschäftigt sich mit der bundesdeutschen Situation. Wir haben Ende 2009 zusammen mit anderen das Buch «Mega Buster – Kriegsgebiet Kinderzimmer. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung» herausgegeben, das eine Reihe von immer noch aktuellen Beiträgen zum Thema enthält. Das Buch ist für 15 Franken beim SFR erhältlich.

Gemäss einer Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung betrug der Umsatz mit Videospielsoftware in Deutschland im Jahr 2010 insgesamt 1,86 Milliarden Euro. Das ist ein Wachstum von drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Über 22 Millionen BundesbürgerInnen spielen virtuelle Spiele. Das am 28. Oktober 2011 in Europa veröffentlichte First-Person-Shooter-Videospiel (Ego-Shooter) «Battlefield 3» des US-Herstellers Electronic Art ging in den ersten beiden Verkaufswochen allein in der Bundesrepublik über 500'000 Mal über die Ladentheke.

Bis Ende November 2011 wurden weltweit zwölf Millionen Exemplare des Videospiels an den Einzelhandel ausgeliefert, von denen zu diesem Zeitpunkt bereits acht Millionen verkauft waren. Solche Verkaufszahlen sind kein Einzelfall. Der Anfang November 2011 erschienene dritte Teil der Reihe «Call of Duty: Modern Warfare» machte innerhalb von 17 Verkaufstagen mehr als eine Milliarde US-Dollar Umsatz. So erreichen militärische Videospiele heute ein Millionenpublikum und bringen den Herstellern Milliardenumsätze.

Je brisanter die Story, desto besser

Kritische Debatten über Videospiele kreisen sowohl in der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit in der Regel um die Frage der dargestellten Gewalt. Welche politischen Aussagen die Spiele verbreiten, spielt hingegen kaum eine Rolle. Es wird über äussere Formen, nicht über die Inhalte der

Videospiele diskutiert. Dabei sind die in den Spielen erzählten Geschichten oft hoch brisant, ebenso das Geschäftsgebaren der hinter den Spielen stehenden Firmen. Um gute Verkaufszahlen zu erreichen, bedarf es bei heutigen Videospielen nicht mehr nur einer guten Grafik und eines guten Sounds, sondern auch einer guten Geschichte. Dabei folgen digitale Spiele dem Trend in der Filmindustrie: je brisanter die Story, desto besser.

«Wir wollten das Spiel so schlüssig wie möglich wirken lassen, denn wenn die Spieler nicht mehr daran glauben, dass das alles wirklich so und nicht anders passieren könnte, hat man nur noch einen ganz normalen Shooter von der Stange», erklärt etwa David Goldfarb, Lead Designer und Lead Writer des schon erwähnten Blockbuster-Videospiels «Battlefield 3». «Es muss sich real anfühlen, es soll Emotionen hervorrufen», beschreibt Goldfarb das Ziel der Spiele-Entwickler weiter.

Der Militär-Shooter versetzt den Spieler als US-Soldat im Jahr 2014 in den Irak. Laut Szenario ist dort die paramilitärische iranische Truppe «People's Liberation and Resistance» (PLR) einmarschiert. Im Verlauf des Spiels stürmen US-Soldaten in einem Gegenschlag Teheran, um den iranischen Machthaber zu ergreifen. In der Wüste vor der iranischen Hauptstadt reiben US-Panzer iranische Truppenverbände auf.

Iranische Counter-Attacken

So wundert es nicht, dass das Spiel zum Politikum wurde: Im Iran wurde der Verkauf des Spiels kurz nach seiner Veröffentlichung verboten. Eine Gruppe namens «Iranische Jugend» soll eine Online-Petition gegen das Videospiel gestartet haben: «Wir wissen, dass die Geschichte in einem Videospiel hypothetischer Natur ist, (...) glauben aber auch, dass das Spiel absichtlich zu einer Zeit veröffentlicht wurde, in der die USA der internationalen Gemeinschaft Angst vor dem Iran machen wollen», wird die Petition zitiert, die mehr als 5000 Unterzeichner haben soll.

Zudem planen iranische Programmierer eine Art 'Gegenspiel': Das von der iranischen National Foundation of Computer Games finanzierte Spiel soll den Namen «Attack on Tel Aviv» tragen. Dies passt zwar zu aktuellen politischen Verlautbarungen aus dem Iran, verwundert aber doch, da es keinerlei Hinweise darauf gibt, dass Israel oder israelische Firmen an der Entwicklung von «Battlefield 3» beteiligt waren.



Russen immer noch Feindbilder

Sollte das iranische Spiel realisiert werden, wäre es eine Ausnahme: Videospiele werden überwiegend von westlichen Firmen oder zumindest für den westlichen Markt entwickelt und erzählen ihre Geschichten nahezu ausschliesslich aus westlicher Sicht. Daher gibt es in «Battlefield 3» neben dem Iran noch einen weiteren Antagonisten: Russische Ultrationalisten, die den Iran unterstützen. In vielen Videospielen wird Angst vor einem Wiedererstarken Russlands geschürt.

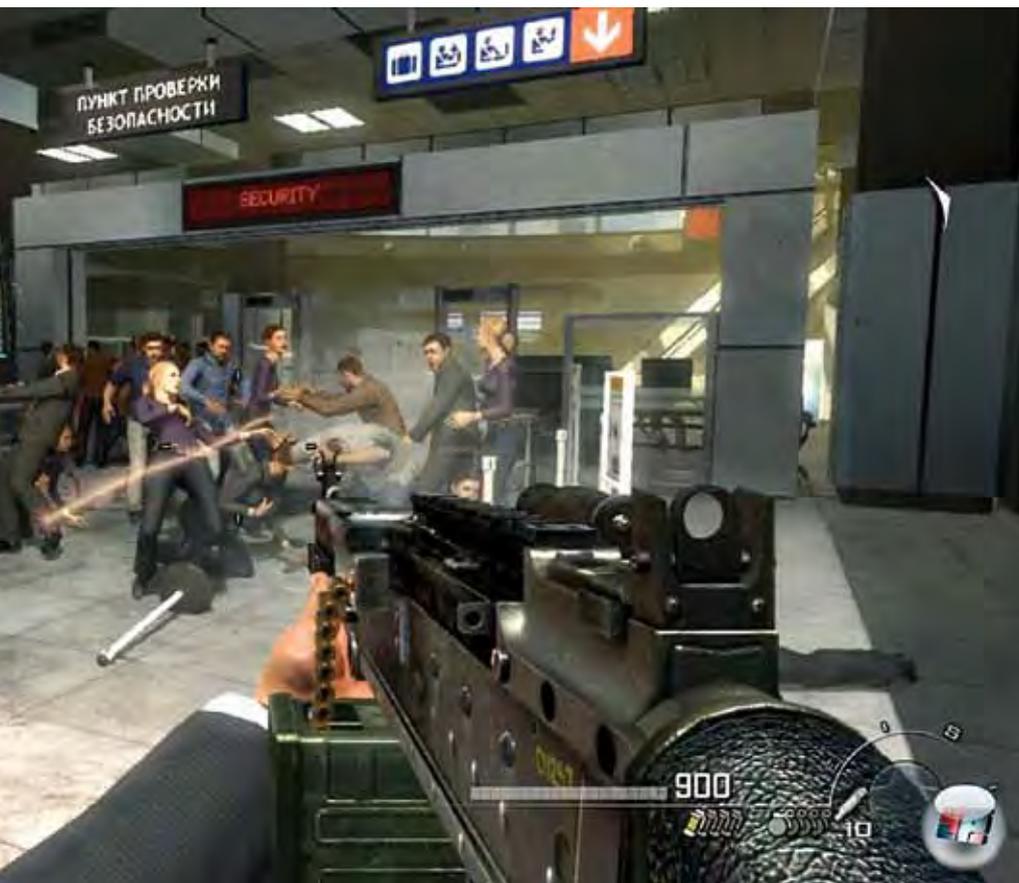
In der schon erwähnten Reihe «Call of Duty: Modern Warfare» etwa stürzen russische Ultrationalisten die Erde mit Terror und List in einen Dritten Weltkrieg. In «Modern Warfare 3» werden auch Berlin und Hamburg zum Schlachtfeld. Neun Millionen SpielerInnen wird so beigebracht, grundlegendes Misstrauen gegenüber russischer Politik zu entwickeln. Auch das Luftkampf-Videospiel «Tom Clancy's H.A.W.X. 2» stösst in diese Richtung: Russische Militärs lassen einige Atombomben verschwinden, bedrohen damit die Welt und putschen sich an die Macht.

Virtuelle Waffensysteme

Bei Videospielen, die wie die oben genannten in der Gegenwart oder der nahen Zukunft angesiedelt sind, greifen die Software-Entwickler für die virtuelle Darstellung gern



us Bits und Bytes



len einen legitimierenden Effekt für die Rüstungsindustrie. Bekommt der Spieler etwa Kampfjets im Alltag kaum zu Gesicht, kann er vor dem Bildschirm gleich selbst ins Cockpit steigen und abheben. Und bei entsprechender Begeisterung für ein Hightech-Waffensystem lassen sich die meist horrenden Kosten einfacher legitimieren.

Perfekte Simulation der Realität

Militärische Videospiele werden heute nicht selten von Waffenherstellern oder Armeen unterstützt. Es geht aber auch andersrum. Crytek GmbH ist der Name eines der erfolgreichsten Software-Unternehmen in Deutschland. Mit First-Person-Shootern wie «Far Cry» und «Crysis» erlangte das 1999 gegründete Unternehmen mit heutigem Sitz in Frankfurt am Main weltweit Bekanntheit. Vor allem die von Crytek entwickelte Spiele-Engine – die visuelle, akustische sowie physikalische Darstellung im virtuellen Raum – wird von Spielern wie von der Fachwelt gelobt. Crytek wurde für ihre Engine sogar der «Deutsche Entwicklerpreis 2011» (German Game Developer Award) in der Kategorie «Gamestechnologie» verliehen. Der Preis wird von der Akademie des Deutschen Entwicklerpreises vergeben und vom Medienministerium und der Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die ausgezeichnete Entwicklungslösung «CryEngine» ermöglicht eine so perfekte Simulation der Realität, dass sich nicht nur andere Videospiele-Hersteller dafür interessieren, auch das Militär gehört inzwischen zum festen Crytek-Kundenstamm. Viele Rüstungsunternehmen setzen die Software aus Frankfurt in ihren Trainingssimulatoren ein, u.a. die US-Militärkonzerne Lockheed Martin und Intelligent Decisions; letztere statten die US-Armee zurzeit mit 102 mobilen Infanterie-Simulatoren aus. Die Schlachtfelder im Trainingssimulator «Dismounted Soldier» werden mithilfe der CryEngine entworfen. Das Projekt hat ein Budget von 57 Millionen US-Dollar und soll die Simulation von Kampfeinsätzen mithilfe von Virtual-Reality-Helmen besonders realistisch machen.

Software für Schiess-Simulatoren

Auch der deutsche Kriegsschiffbauer ThyssenKrupp Marine Systems nutzt die CryEngine. Die Firmentochter Blohm + Voss entwickelt aktuell das so genannte Virtual Ship Training and Information System (VITIS), einen Simulator für das Training von Schiffsbesatzungen. «In der virtuellen Simulationsumgebung lassen sich sowohl Routineaufgaben als auch Not- und Gefechtssituationen realistisch ausbilden, ohne Mensch oder Material zu gefährden», heisst es in einer Konzernbroschüre. Zudem könnten durch den Einsatz des Simulators Kosten gespart und die Qualität der Ausbildung hoch gehalten werden: «Der hohe Realitätsgrad basiert auf einer realistischen Echtzeitvisualisierung mit Hilfe der CryEngine 3, einer der weltweit führenden «Game Engines» des Computerspiele-Herstellers Crytek.»

auf reales Militärgerät zurück. Auch von deutschen Rüstungsunternehmen produzierte Waffen sind immer häufiger spielbar. Im Frühjahr 2011 erschien in Deutschland das Videospiel «Elements of War» des russischen Spieleentwicklers Lesta Studios. In dem 3D-Echtzeit-Strategiespiel stehen sich nach einer Klimakatastrophe im Jahr 2022 die USA, Russland und eine «Europäische Allianz» gegenüber. Der Krieg wird dabei unter anderem mit Kampfpanzern vom Typ Leopard 2A5 und Spähwagen vom Typ Fennek ausgefochten.

Beide Fahrzeuge werden in der realen Welt vom deutschen Unternehmen Krauss-Maffei Wegmann (KMW) in München und Kassel hergestellt. Auch der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern ist mit Fahrzeugen vertreten: Das modular aufgebaute «Geschützte Fahrzeugsystem», kurz Gefas, existiert in der Realität bislang zwar nur als Studie, in «Elements of War» ist es aber bereits voll einsatzbereit und sogar mit Rheinmetall-Logo versehen. Das gepanzerte Transportfahrzeug Boxer, eine Gemeinschaftsentwicklung von Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall, wird bei der Bundeswehr gerade erst eingeführt, ist in dem Videospiel aber ebenfalls schon spielbar. Waffen aus Deutschland sind für virtuelle Schlachtfelder beliebt.

Werbung für neue Waffenerzeugnisse

So auch im bereits erwähnten Luftkampf-Spiel H.A.W.X.2: «Die neuesten Technologien der weltweit grössten Verteidigungsunternehmen und der fortschrittlichsten Militärfirmen stehen dem Spieler in H.A.W.X.2 zur Verfügung, darunter über 40 lizenzierte Flugzeuge und Prototypen», heisst es in einer Pressemitteilung des Spieleentwicklers UbiSoft. Unter den lizenzierten Flugzeugen ist auch der Eurofighter Typhoon, der von der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH mit Sitz in Hallbergmoos bei München produziert wird.

Ob das Unternehmen für das Videospiel nur die Lizenz zur Darstellung seines Flugzeugs vergeben hat oder darüber hinaus anderweitig mit UbiSoft kooperiert, wollte das deutsche Rüstungsunternehmen nicht beantworten. Auch der Rheinmetall-Konzern schweigt zur Darstellung seiner Waffen in «Elements of War». Einzig Krauss-Maffei Wegmann gibt an, bislang keine Videospieldproduktion unterstützt zu haben: «KMW unterstützt die Hersteller von Computerspielen ausdrücklich nicht», so ein Sprecher des Unternehmens. Allerdings scheint sich die Rüstungsfirma auch nicht daran zu stören, wenn ihre Panzerfahrzeuge in Spielen dargestellt werden.

Besonders bei grossen Waffensystemen wie Kampfflugzeugen, Hubschraubern oder Panzern hat die Darstellung in Videospie-

In der Bundeswehr kommt die Lösung ebenfalls zum Einsatz: Der französische Rüstungskonzern Thales entwickelt mithilfe der CryEngine 3 einen neuen Schiesssimulator für die deutsche Armee. Das unter der Bezeichnung «SAGITTARIUS-Evolution» laufende Projekt soll die Armee u.a. in die Lage versetzen, mit einfachen Geodaten Trainingsszenarien mit unmittelbarem Einsatzbezug zu erstellen. Dazu werden Satellitenbilder mit Höhendaten und Informationen über die Vegetation gepaart und ergeben nach abschliessender Detailarbeit ein realitätsnahes Bild der gewünschten Region. Egal wo also der nächste Auslandseinsatz der Bundeswehr ausgetragen wird, der Schiesssimulator lässt sich einfach darauf programmieren.

Trainingssoftware für Soldaten

Weitere Hersteller militärischer Videospiele sind inzwischen direkt in der Rüstungsbranche tätig. Am erstaunlichsten vollzog sich dieser Wandel beim Software-Unternehmen Bohemia Interactive aus der Tschechischen Republik. 2001 veröffentlichten die Programmierer das kommerzielle Videospiel «Operation Flashpoint». Das Militär fand an dem Spiel Gefallen, und Bohemia Interactive entwickelte mit der «Operation Flashpoint»-Engine den Trainingssimulator «Virtual Battlespace 1». Später folgte der «Virtual Battlespace 2» mit einer neueren Engine. Und für seinen Auftritt auf der ITEC 2011 in Köln, der grössten Messe für Militärsimulatoren in Europa, warb das Unternehmen bereits so: «Bohemia Interactive Simulations ist ein weltweit führender Anbieter von Simulationstechnologien und integrierten Lösungen für die Ausbildung militärischer und ziviler Organisationen rund um den Globus.»

Die Trainingssoftware bietet wie beim Videospiel eine detaillierte, dreidimensionale Umgebung und die Möglichkeit, mit einem Editor eigene Missionen zu programmieren. So werden Soldaten etwa virtuell in die Landschaft von Afghanistan versetzt und lernen, an einem Checkpoint Autos anzuhalten. Dabei sitzen die trainierenden Soldaten oft nicht einfach nur vor einem Computer, sondern in realgetreuen Fahrzeugen, die ins Training integriert werden. Die Soldaten sitzen dann wie gewohnt am Maschinengewehr ihres Militärfahrzeugs, und um sie herum wird die Trainingssoftware auf Leinwände projiziert. «Etwa fünfzehn Armeen nutzen unsere Simulationssoftware heute, und die Liste wächst ständig», erzählte Martin Vaòo, Senior Designer bei Bohemia Interactive stolz. Vor allem NATO-Streitkräfte würden das Programm nutzen, darunter auch die Bundeswehr.

Für Bohemia Interactive lohnt sich die Zweigleisigkeit: 2009 machte das Unternehmen aus Prag mit Videospiele einen Umsatz von sechs Millionen Dollar, während

die Rüstungssparte mit ihren Trainingssimulatoren sieben Millionen Dollar umsetzen konnte. Als «Operation Flashpoint» 2001 erschien, hatte die tschechische Videospielschmiede acht Mitarbeiter, heute arbeiten für die Bohemia Interactive-Gruppe 140 Menschen rund um den Globus.

Die deutsche Bundeswehr im Spiel

Seit sich die Bundeswehr zunehmend an Auslandseinsätzen beteiligt, wird sie auch selbst in immer mehr kommerziellen Videospiele zum Akteur. Im Ende 2011 erschienenen Luftkampf-Spiel «Ace Combat: Assault Horizon» kann der Spieler mit Eurofighter-Kampffjets samt Bundeswehr-Logo – dem Eisernen Kreuz – auf die Jagd nach feindlichen Flugzeugen gehen. Auch im Strategiespiel «Wargame – European Escalation», das 2012 erscheinen soll, wird der Spieler mit Leopard-Kampfpanzern und Marder-Schützenpanzern der Bundeswehr in einen fiktiven Krieg geschickt.

Doch die deutsche Armee kommt nicht nur in Neuerscheinungen zum Zug. In jüngster Vergangenheit erschienen zahlreiche Spiele, die deutsches Militär und die Einsätze der Bundeswehr thematisieren. In dem 2009 veröffentlichten First-Person-Shooter «Terrorist Takedown 2» des Unternehmens «City Interactive» gehören Bundeswehr-Soldaten zu den Hauptprotagonisten. Das Szenario hätte sich selbst die Image-Abteilung der Bundeswehr nicht besser ausdenken können:

«Journalisten entführt! Zwei Tage nach der Geiselnahme. Die Regierung beginnt, mit den Terroristen über die Freilassung der Journalisten zu verhandeln. Aber die Forderungen der Entführer scheinen unerfüllbar! Als Soldat einer Spezialeinheit ist es Ihre Aufgabe, die Geiseln aus den Händen der Terroristen zu befreien und sie lebend zurückzubringen.» Die deutsche Militäreinheit heisst im Spiel «Spezialkräfte Kommando» und ist klar an die real existierende Elitetruppe «Kommando Spezialkräfte» (KSK) angelehnt. Der Ort des Spielgeschehens erinnert an Afghanistan: kleine Dörfer und Märkte, öde und dürre Landschaft sowie kahle Berge.

Spielerische Operation Peacekeeper

Auch in Flugsimulationen kommt die Bundeswehr zum Zug: Die deutsche Softwarefirma «Halycon Media» etwa veröffentlichte 2010 die Erweiterung «Jagdgeschwader 73» für den Microsoft Flight Simulator. Wie bei der echten Luftwaffen-Einheit heben die Eurofighter- und Phantom-Kampffjets im Spiel vom Flugplatz Rostock-Laage ab. Der Hersteller verspricht eine authentische Nachbildung des Fliegerhorstes der Bundeswehr. Auch die Flugzeuge sind bis ins Detail an die Originale angepasst, selbst die Flugzeug-Kennungen entsprechen denen realer Maschinen. Im September 2011 folgte mit «Jagdbombengeschwader 31» eine Erweiterung: Nun kann auch in Tornado-Kampffjets der Bundeswehr abgehoben werden.

Die Bundeswehr wird aber nicht nur von kommerziellen Herstellern in Spiele

integriert. Für den 2005 erschienenen First-Person-Shooter «Battlefield 2» entwickelten Hobbyprogrammierer eine «Operation Peacekeeper» genannte Modifikation. Darin können allerlei Bundeswehr-Fahrzeuge bewegt werden. Die fiktive Geschichte von «Operation Peacekeeper» greift den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr auf und setzt am 22. Dezember 2004 ein: «Bei einem Treffen zwischen Deutschen und serbischem Militär wird ein serbischer Offizier durch einen Heckenschützen erschossen. Daraufhin kommt es durch Missverständnisse zu einem Feuergefecht zwischen der Bundeswehr und dem serbischem Militär, wobei es auf beiden Seiten Verluste gibt. Der Konflikt weitet sich aus, nachdem serbische und deutsche Panzer sowie deutsche Bo 105 Helikopter zur Unterstützung anrücken.»

Realitätsnahes Kriegsszenario

Trotz der zahlreichen und teils detaillierten Darstellungen der deutschen Armee in Videospiele weist das Verteidigungsministerium jede Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Herstellern zurück: Es existierten keine Kooperationen zwischen kommerziellen Videospiel-Anbietern und der Bundeswehr, teilte ein Sprecher des Ministeriums auf Anfrage mit. Für die Verwendung des Abzeichens der Bundeswehr gebe es zudem strikte Regeln: «Das Bundeswehrlogo darf nur mit Genehmigung der Bundeswehr verwendet werden», heisst es aus dem Verteidigungsministerium. Bisher hätte man eine solche Genehmigung noch nie erteilt.

Auf welcher rechtlichen Grundlage die Bundeswehr etwa in «Ace Combat» und den Flugsimulatoren von «Halycon Media» dargestellt wird, bleibt offen: Die Softwarefirmen reagierten nicht auf entsprechende Anfragen, und die Bundeswehr geht offensichtlich nicht gegen die unautorisierte Nutzung ihres Logos vor. So tragen beide Seiten Nutzen davon: Die Unternehmen können den Käufern ein realitätsnahes Kriegsszenario bieten, und die Bundeswehr freut sich über den Werbeeffect, wird die deutsche Armee in den Spielen doch meist positiv dargestellt. Dies ist gerade in Zeiten anhaltenden Nachwuchsmangels höchst willkommen.

Rekrutierung mit «Luna Mission»

«Helicopter-Mission» war 1994 der Name des ersten von der Bundeswehr veröffentlichten Computerspiels. Im Spiel wurden – entsprechend der damaligen gesellschaftlichen Diskussion um Out-of-area-Einsätze – von den Spielern mit Bundeswehrehubschraubern ausschliesslich Hilfs- und Rettungsmissionen geflogen. Das Ganze erschien in einer 2D-Grafik. Die Veröffentlichung des Spiels während der Diskussion um eine Neubestimmung der Rolle der Bundeswehr war gut geplant: In «Helicopter-Mission» wurde explizit auf die neuen Aufgaben und Strukturen der Bundeswehr Bezug genommen. 25 Jugendoffiziere verteilten das Spiel damals kostenlos. Es gab eine DOS-Version und eine Version für das Computersystem Amiga. Für damalige Ver-

Michael Schulze von Glasser schreibt unter www.militainment.info über die Darstellung des Militärs in Kino, Fernsehen und Videospiel.

hältnisse soll das Spiel sehr reizvoll gewesen sein, auf modernen Computern läuft es nicht einmal mehr.

Sechs Jahre später, im Jahr 2000, veröffentlichte die Bundeswehr auf ihrer Rekrutierungswebsite treff.bundeswehr.de das Browser-Spiel «Luna-Mission». Dabei steuerte der Spieler aus einer 2D-Vogelperspektive eine Aufklärungsdrohne des Typs Luna, die von der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan eingesetzt wird. Der Spieler sollte feindliche Panzer, Kämpfer, Waffen, Stellungen und Hubschrauber aufspüren machen; für aufgeklärtes Militärgerät gab es Punkte. Es galt, innerhalb einer vorgegebenen Zeit eine bestimmte «Aufklärungsquote» zu erfüllen. Das Spiel bestand aus vier Missionen: Die erste spielte in einer ländlichen Region, die zweite zeigte Stadtgebiet, die dritte ein Hafen- bzw. Industriegebiet und die letzte Mission spielte entlang eines Flusslaufs. Die Level erinnern vom Design an den Kosovo. 2002 begründeten einige Pädagogen und Publizisten einen Indizierungsantrag gegen treff.bundeswehr.de u.a. mit der Bereitstellung von «Luna Mission».

Internet-Nutzungsgewohnheiten

Sie sahen in den Inhalten der Website eine Verharmlosung des Kriegshandwerks. Judith Gerlach vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Bonn, tätig im Referat «Kinder- und Jugendschutz/Schutz vor Gewalt» blockte den Antrag allerdings ab: «Das Verteidigungsministerium verfolgt den konzeptionellen Ansatz, dass Computerspiele auf der Website treff.bundeswehr.de ein gutes Mittel sind, um Erstinformationen zur Bundeswehr mit eher spielerischen Aspekten und Unterhaltung zu verbinden. Unter den vier eingestellten Spielen ist kein Spiel, das aktiv militärisches Handwerk oder Ausrüstungsgegenstände der Bundeswehr aufgreift. Dies ist bewusst so geschehen. Es kommt bei diesen Spielen auf Merkfähigkeit, Schnelligkeit, Geschick und auch Allgemeinwissen an. Dies entspricht auch den Internet-Nutzungsgewohnheiten dieser jüngeren Jugendlichen. Die Spiele werden von der Zielgruppe besonders gut angenommen.»

Nach den beiden militärischen Spielen «Helicopter Mission» und «Luna Mission» wurden die von der Bundeswehr veröffentlichten Computerspiele zivil. Heute gibt es nur noch Sportspiele. Heute bietet die Bundeswehr ihre Browser-Games auf treff.bundeswehr.de unter folgendem Motto an: «Schalte vom Alltagsstress ab und spiele ein cooles Game.»

Kürzlich waren die Bundeswehr-Spiele Thema im Bundestag. Die Fraktion Die Linke wollte wissen, wie «die Bundesregierung den Bedarf und die Zweckmäßigkeit von Computer-/Videospiele für die Öffentlichkeitsarbeit und die Personalwerbung der Bundeswehr» beurteilt. Die Antwort der Regierung könnte widersprüchlicher kaum sein: «Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr sieht keinerlei Bedarf und Zweckmäßigkeit von Computer-/Videospiele für



ihre Arbeit! Computer-/Videospiele dienen im Rahmen des Personalmarketings der Bundeswehr der Interessentenbindung und der jugendgerechten Unterhaltung. Sie werden zielgruppengerecht auf Onlineportalen der Bundeswehr angeboten.» Die Spiele würden sich an 14- bis 21-Jährige richten und dienten auch zur Bewerbung von Jugendsporthevents der Bundeswehr.

Verfehlter Jugendmedienschutz

In Deutschland sorgt die «Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle» (usk) für die Altersfreigabe von Videospiele. Die Institution gibt es seit 1994, und sie hat seit ihrer Gründung über 30'000 Videospiele auf ihre Kinder- und Jugendauglichkeit geprüft. Die usk wird getragen durch die Freiwillige Selbstkontrolle Unterhaltungssoftware GmbH. Gesellschafter sind der Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware e.V. und der Bundesverband der Entwickler von Computerspielen G.A.M.E. e.V., zwei Industrieverbände der Videospiele- und Computer-Industrie. Vor Veröffentlichung in Deutschland muss ein Videospiele samt Lösungsweg der usk vorgelegt werden.

Die Sichter der usk spielen das Spiel durch und erstellen eine Präsentation, die beispielsweise Schlüsselszenen des Spielverlaufs enthält. Weder die usk noch die Sichter geben eine Altersbewertung ab, sondern präsentieren das Spiel einem Prüfungsausschuss. Dieses besteht aus vier Jugendschutzsachverständigen und einem Ständigen Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden (OLJB). Die Sachverständigen geben aufgrund der Präsentation eine Empfehlung für die Altersfreigabe ab, die der Vertreter der OLJB annehmen oder mit seinem Veto belegen kann. Das besondere Augenmerk der am deutschen Jugendmedienschutz Beteiligten liegt auf der Darstellung von Gewalt, aus friedenspolitischer Sicht reicht das aber nicht aus.

Gewaltdarstellung allein ist noch nicht das Problem

So beanstandet etwa der Buchautor und Friedensaktivist Peter Bürger das dem

heutigen Jugendmedienschutz zugrunde liegende Gewaltparadigma: «Bei den herrschenden Kriterien kann man problemlos ein Kriegspropagandaspiel für Kinder und Jugendliche ins Sortiment schleusen.» Die wirksamste Propaganda sei ohnehin immer subtil, werde also durch vordergründige Gesichtspunkte gar nicht beeinträchtigt. Bürger fordert daher ein Umdenken: «Es ist ein grosser Unterschied, ob man sich im engen Sinne auf psychologische Wirkungshypothesen zur 'Mediengewalt' bezieht oder den in UN-Charta, Verfassung und Völkerrecht manifestierten Zivilisationskonsens beispielsweise einer Ächtung des Krieges zum Ausgangspunkt nimmt.»

Gewaltdarstellung allein sei nicht das Problem, denn die könne ein wichtiges Moment von sehr menschlichen und kritischen Kunstwerken sein: «Gewaltdarstellung kann sogar unter bestimmten Umständen friedensfördernd sein», so der 2006 für seine Bücher über die Darstellung des Militärs in Filmen mit dem Bertha-von-Suttner-Preis der Deutschen Friedensgesellschaft ausgezeichnete Autor. Wichtiger als ein vordergründiger Blick auf die Gewaltdarstellung ist laut Bürger die Kritik der «politischen Drehbücher» von Videospiele und Filmen.

Beim heutigen Jugendmedienschutz stellt sich ausserdem die Frage, ob Altersfreigaben in Zeiten von – legalen und illegalen – Internet-Downloads und Videospiele-Importen aus dem Ausland überhaupt noch etwas nützen. «Natürlich kann jede Regel auch umgangen werden», räumt Felix Falk von der usk ein. Letztlich bleibe die Kontrolle der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen immer eine der wichtigsten Aufgaben der Eltern: «Das kann ihnen kein Gesetz und kein Kennzeichen abnehmen.» Die usk biete den Eltern daher vielseitige Informationen über Videospiele.

Der beste Jugendmedienschutz ist also Aufklärung – doch ob ein Staat, der Krieg führt, die jungen Leute zu Frieden und Gewaltfreiheit aufklärt, darf getrost bezweifelt werden. ◆



2. Gross-Singen «La Paz Cantamos» am 15. September 2012 in Bern

Wir von StimmVolk Schweiz freuen uns auf ein zweites fröhlich-besinnliches Singmeer auf dem Berner Münsterplatz – beim ersten Friedens-GrossSingen im 2011 waren wir an die 1000 Frauen, Männer und Kinder, die gemeinsam unverstärkt den Münsterplatz zum Klingen brachten. Belebtere Lieder liessen die Freude spüren, langsamere luden ein zu Besinnlichkeit und Meditation. Das Besondere war, dass wir ausser einer kleinen improvisiert aufgebauten Bühne ohne jegliche Infrastruktur auskamen.

13.00 – 14.30: Gemeinsame Einstimmung und Singen aller Lieder in der Heiliggeistkirche beim Hauptbahnhof Bern (Ankommen ab 12.30)

15.30 – 16.30 Cantellón – Gross-Friedens-Singen auf dem Münsterplatz
Auf Anfrage schicken wir gerne die gewünschte Anzahl regenbogen-farbiger Gross-Sing-Flyer: Matthias Gerber, sing@stimmvolk.ch, 052 222 79 62. Nähere Infos: <http://stimmvolk.ch/aktuelles>. Hier sind auch alle Lieder aufgeführt, mit Liedtexten, Hörproben von Einzelstimmen und mehr ...

Mittwoch, 20. Juni, 19.30 Uhr

Srebrenica. Und was kommt morgen?

Buchvermessung mit Conny Kipfer (Bilder) und Renate Metzger-Breitenfellner (Texte), Ismar Porić (Musik) und Graziella Rossi (Stimme)

«Srebrenica. Und was kommt morgen?» skizziert in Wort und Bild einen Alltag, der gezeichnet ist von der Erinnerung an das Gestrern, und es beschreibt das Heute: eine Gemeinde im Schatten des Massakers von 1995, geprägt von der Tatsache, dass die meisten Täter immer noch nicht bestraft sind, dass die Gerechtigkeit weiter auf sich warten lässt. Im Zentrum des Buches stehen «Srebrenica-Menschen». Einheimische, die nach dem Völkermord zurückgekehrt sind, weil sie an den Wiederaufbau glauben, an ein friedliches Zusammenleben, an eine bessere Zukunft.

Das Buch will dabei helfen, die Sehnsüchte der Menschen aus Srebrenica in die deutschsprachige Welt zu tragen. Es ist ein Stück Erinnerungsarbeit. In Kooperation mit dem rex verlag Luzern



RomeroHaus Luzern

RomeroHaus | Kreuzbuchstrasse 44 | 6006 Luzern
Telefon 041 375 72 72 | www.romerohaus.ch

KOFF Trainingsserie 2012/2013

Das Kompetenzzentrum Friedensförderung KOFF von swisspeace bietet in seiner Trainingsserie 2012/13 vier praxisorientierte Trainings zu relevanten Themen der zivilen Friedensförderung an.

* 30.10.-01.11.2012, *Women, Peace and Security – Implementing UN Resolution 1325*: Ursula Keller, Barbara Brank und Rahel Fischer (KOFF) zeigen auf, wie die UN Resolution 1325 in die Planung von Programmen und Projekten in fragilen und von Konflikten betroffenen Kontexten integriert und umgesetzt werden kann.

* 21.-23.11.2012, *Managing Programs in Fragile and Conflict-Affected Contexts*: Sidonia Gabriel und Roland Dittli (KOFF) vermitteln Instrumente und Methoden wie externe Interventionen geplant und durchgeführt werden können, damit der Konfliktkontext positiv beeinflusst und mögliche unerwünschte Nebeneffekte vermieden werden können.

* 30.01.-01.02.2013, *Connecting Human Rights and Conflict Transformation – From Theory to Practice*: Michelle Parlevliet (Niederlande) verdeutlicht den Mehrwert einer Verbindung der Menschenrechts- und Konflikttransformationsansätze in der Praxis, greift auf Erkenntnisse und Methoden beider Perspektiven zurück und entwickelt Strategien, wie mit den verbleibenden Dilemmata umgegangen werden kann.

* 01.-03.05.2013, *Evaluating Peacebuilding Projects*: Cheyanne Scharbatke-Church (Kanada) zeigt auf wie Ergebnisse von Friedensförderungsprojekten evaluiert werden können.

Die Trainings finden in Bern statt. Anmeldefrist ist jeweils 3 Wochen vor Kursbeginn. Weitere Informationen: www.swisspeace.ch/activities/training/koff-training-series.html

6-tägige Trainings in Konfliktbearbeitung und Dialogförderung

Ein praxisorientiertes Training zur Bearbeitung von gesellschaftlichen und interkulturellen Konflikten. Der Kurs gibt den Teilnehmenden einen Einblick in komplexe Konfliktkonstellationen und deren soziale, kulturelle und nicht bewusste Dimensionen, sowie in die Entwicklung von Optionen für eine kreative und konstruktive Bearbeitung von Konflikten. Kursleitung: Tanja Mirabile und Alex Kunze. Kursort: Bern. Daten (2 x 3 Tage):
Kurs 1: 23.-25. August & 30. August – 1. September 2012
Kurs 2: 15.-17. November & 22.-24. November 2012
Kosten: Fr. 2'200.- (bei Anmeldung vor 29.06.2012 Fr. 1'900.-)
Weitere Informationen unter: www.iicp.ch oder info@iicp.ch

CAS Kunst der Konfliktbearbeitung

Ein praxisorientierter Zertifikatskurs zur Bearbeitung von gesellschaftlichen und interkulturellen Konflikten. Der Lehrgang befähigt die Teilnehmenden komplexe Konfliktkonstellationen und deren sozia-



swisspeace

Neues Nachdiplomstudium (CAS) in ziviler Friedensförderung

Ab September 2012 bieten die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace und die Universität Basel erstmals einen einjährigen, berufsbegleitenden Nachdiplomstudiengang in ziviler Friedensförderung an. Der Zertifikatskurs (Certificate of Advanced Studies CAS) richtet sich an Fachpersonen, die ihre Kompetenzen in der zivilen Friedensförderung erweitern wollen sowie an Quer- und Berufseinsteigerinnen und -einsteiger, die in der Friedensförderung, der Entwicklungszusammenarbeit, der Menschenrechtsarbeit, im humanitären oder sozialen Bereich tätig werden möchten.

In 20 Kurstagen vermitteln renommierte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis Grundlagen, Instrumente und Methoden der zivilen Friedensförderung, reflektieren die aktuelle Praxis und zeigen Trends und Herausforderungen in diesem Gebiet auf. Fünf Themenfelder stehen im Zentrum: Konflikte und Friedensförderung in fragilen Staaten, Fazilitation und Mediation, Vergangenheitsarbeit, Analyse und Wirkung von Friedensförderung und Wirtschaftsakteure in Konflikten.

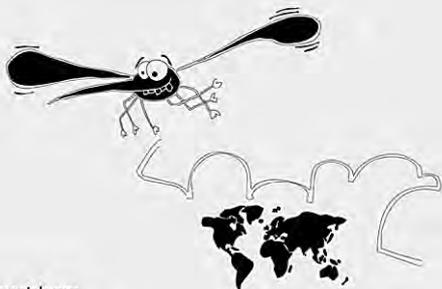
Der Kurs findet in Basel und Bern statt. Die Anmeldefrist läuft noch bis zum 30. Juni. Weitere Informationen finden Sie auf: www.swisspeace.ch/activities/training/cas-civilian-peacebuilding.html

le, kulturelle und nicht bewusste Dimensionen zu analysieren sowie Optionen für eine kreative und konstruktive Bearbeitung von Konflikten zu entwickeln. Die Weiterbildung beruht auf den Grundlagen des TRANSCEND-Verfahrens nach Johan Galtung. Der Lehrgang wird vom ICP in Zusammenarbeit mit der Universität Basel angeboten und berechtigt zum Erwerb des Titels MediatorIn SDM.

Kursort: Bern. Dauer: 1. Dezember 2012 – 30. März 2014. Anmeldeschluss: 10.10.2012. Kosten: Fr. 8'300.- (bei Anmeldung vor 31.08.2012 Fr. 7'800.-)

If you think you are too small to make a difference, try to sleep in a closed room with a mosquito...

African proverb



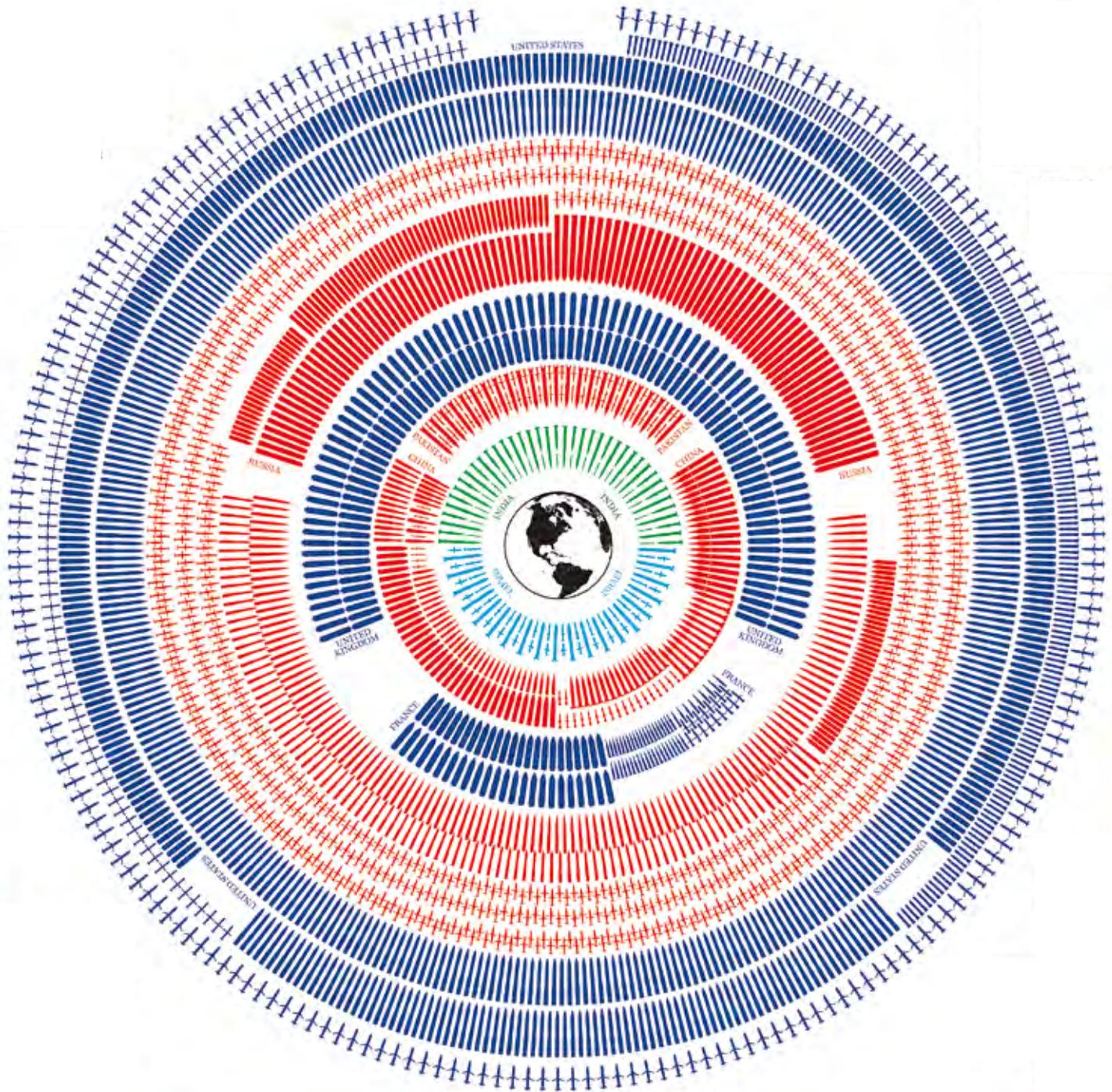
www.scich.org
SERVICE CIVIL INTERNATIONAL

Mit dem Service Civil International weltweit an sozialen, friedensfördernden oder ökologischen Freiwilligeneinsätzen teilnehmen.



Das weltweite Atomwaffen-Arsenal

Die amerikanische Zeitung «National Post» hat Anfang Mai 2012 versucht, das weltweite Arsenal von Atomwaffen, gegliedert nach Besitzerstaaten, gemäss Angaben des «Bulletin of the Atomic Scientists» zu visualisieren. Die atomare Aufrüstung war ein Thema an der bisher grössten Gipfelkonferenz der NATO in Chicago am 20./21. Mai 2012, allerdings nicht wegen weiterer Abrüstungsinitiativen, sondern wegen dem iranischen Atomprogramm. Da viele Angaben zu den Atomwaffen geheim gehalten werden, weiss man nicht genau, über wieviele Raketen und Sprengköpfe die einzelnen Länder verfügen, welche sie nach Abrüstungsverträgen nur stillgelegt oder eingemottet haben, welche Grösse und Tonnage sie haben. Die Grafik zeigt jene Atomwaffen, die als «ready to fly», also als jederzeit einsatzbereit vermutet werden.



Nuclear-Free Future Award 2012 in Heiden

Die berühmteste Person, die einen Teil ihres Lebens in Heiden verbrachte, war Henry Dunant (1828-1910), Gründer des Roten Kreuzes. Im Jahre 2010 wurde sein 100. Todestag in Heiden gefeiert. Dabei standen die mit der Person und dem Werk des Rotkreuzgründers verbundenen Werte wie Humanität, Solidarität und Zivilcourage im Vordergrund. Als grosse Auszeichnung hat das Henry-Dunant-Museum die Friedensglocke von der medizinischen Fakultät der Universität Nagasaki erhalten. Von Nagasaki wird

die Peace Bell an Städte zum Geschenk gemacht, welche sich in einer besonderen Art und Weise für die Friedensförderung einsetzen. Bis heute sind dies die Städte Hiroshima, Leningrad, Schenyng (China), Honolulu (Hawaii) und nun Heiden zur Erinnerung an das Wirken von Henry Dunant.

Der Erhalt der Friedensglocke ist für Heiden eine grosse Ehre, weshalb sich Heiden dafür einsetzt, dass die Gefahren von nuklearen Waffen und jene der zivilen Anwendungen thematisiert werden. Vor die-

sem Hintergrund hat der Verein Dunant-2010plus auf die Anfrage der Schweizer Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPN) die Organisation für den Nuclear-Free Future Award 2012 übernommen, der am 29. September verliehen wird, im Rahmen eines internationalen Seminars vom 27. – 30. September 2012. Unterstützt wird der Verein durch das Dunant Museum Heiden und die IPPN Sektion der Ostschweiz.

Interessierte an Informationen oder der Teilnahme an Preisverleihung oder Seminar senden ein mail an: info@dunant2010plus.ch

Aufruf für eine rüstungsfreie Zone Bodensee

Der folgende Aufruf wurde an der Schlussveranstaltung des diesjährigen Bodensee-Ostermarsches am 9. April 2012 im deutschen Friedrichshafen verabschiedet mit dem Ziel, AnwohnerInnen und Behörden der Region zur Schaffung einer waffenproduktionsfreien Zone anzuregen.

In ihrer wechselvollen Geschichte ist die Bodenseeregion immer wieder von Kriegen heimgesucht worden; vielen sind noch die Bombardierungen von Friedrichshafen im Zweiten Weltkrieg in Erinnerung – die Stadt wurde vor allem wegen ihrer Rüstungsproduktion zum Kriegsziel der Alliierten. Seit über sechs Jahrzehnten jedoch kann sich die Euregio Bodensee eines gefestigten Friedens erfreuen, ungeachtet ihrer Aufteilung auf drei Nationalstaaten.

Die grenzüberschreitende Überquerung des Bodensees mit dem Friedensweg 2012 steht symbolisch für den Willen der Bevölkerung in unserer Region, friedlich zusammenzuleben, unabhängig von Herkunft, Nationalität und politischer Gesinnung. Das Privileg, in einer friedlichen Weltgehend leben zu dürfen, ist für uns aber auch Verpflichtung, uns für den Frieden auf der ganzen Welt einzusetzen. Unsere Vision ist die weltweite vollständige und kontrollierte Abrüstung. Der Weg dahin ist beschwerlich und hindernisreich; umso dringlicher sind konkrete Schritte zum Rüstungsabbau und für den Aufbau einer Friedensordnung.

Darum verstehen wir den Friedensweg 2012 auch als regionalen Beitrag zum Aktionstag gegen die steigenden Militärausgaben, der weltweit eine Woche nach Ostern am 17. April begangen wird. Gemäss dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI haben sich die Rüstungsgeschäfte in den letzten fünf Jahren im Vergleich zum Zeitraum 2002-2006 weltweit um 24 Prozent erhöht.

Auch die Bodenseeregion ist eine 'Rüstungsregion'. Ein Dutzend Firmen rund um den Bodensee verkauft Tod und Zerstörung

verbreitende Erzeugnisse in die ganze Welt hinaus. Im März 2011 gingen Bilder vom Einsatz von Panzerwagen der Kreuzlinger Firma Mowag um die Welt, mit denen die saudiarabische Armee im Nachbarland Bahrein die Demokratiebewegung mit militärischer Gewalt erstickte. Viele westliche Staaten buhlen darum, dem fundamentalistischen Willkürregime der Ölscheichs Kriegsmaterial verkaufen zu dürfen. Mit dem Friedensweg 2012 unterstützen wir die «Aktion Aufschrei» gegen den Verkauf von deutschen Leopard-Panzern an Saudi-Arabien. Denn in Friedrichshafen werden deren Motoren von der MTU und deren Getriebe von der ZF produziert.



Darum soll sich die Bodenseeregion zur rüstungsfreien Zone erklären, auch wenn das mindestens kurzfristig zum Verlust einer erheblichen Anzahl von Arbeitsplätzen führen kann. Dabei brauchen die betroffenen Menschen und Betriebe solidarische Unterstützung. Denn die Erfahrungen nach

dem Ende des Kalten Krieges zeigen: Wo Wirtschaft und Politik dies wollen, ist Rüstungskonversion eine Erfolgsgeschichte.

Die durch den Verzicht auf Rüstungsproduktion frei werdenden Kapazitäten können auf zivile Produktion umgestellt werden. Damit können Beiträge gegen den Klimawandel mit der Förderung von erneuerbaren Energien geleistet werden oder zur Überwindung von Hunger, Elend und Armut in der Welt. Aber damit der Umbau von militärabhängigen in zivile Arbeitsplätze tatsächlich stattfindet, braucht es nicht nur innovative Betriebe und lernbereite Beschäftigte, sondern auch ein umstellungswilliges politisches Umfeld. Dafür stehen wir mit dem Friedensweg 2012 für die rüstungsfreie Zone Bodenseeregion ein.

Die Vorstellung einer rüstungsfreien Zone knüpft an die Ideen des früheren polnischen Aussenministers Adam Rapacki an, der Mitte der Fünfzigerjahre mit dem nach ihm benannten Plan eine rüstungs-, mindestens aber atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa schaffen wollte. Dies gab mitten im Kalten Krieg den Anstoss zur Schaffung von atomwaffenfreien Zonen; sei es durch völkerrechtliche Verträge wie in der Antarktis, in Lateinamerika, im Südpazifik, in Südostasien, Afrika und Zentralasien; sei es durch Basisinitiativen in Schulen, Gemeinden und Städten.

Wir ermutigen deshalb die politisch Verantwortlichen der Gemeinden und Städte in der Bodenseeregion, aber auch die Verantwortungsträger in der Wirtschaft, aktiv zur Schaffung einer rüstungsfreien Zone Bodensee beizutragen. Damit die Idee wachsen und sich verankern kann, sind Basisinitiativen besonders wichtig. So können Kirchengemeinden mit dem guten Beispiel vorangehen und sich selber zur rüstungsfreien Zone erklären, indem sie beispielsweise auf Gelder von Rüstungsfirmen verzichten oder diese für Kriegspfer spenden.

Und auch Schulen können aktiv werden, auf Bildungspartnerschaften mit Rüstungs-

Am Ostermontag, 9. April 2012 fand der grenzüberschreitende Friedensweg im Dreiländereck am Bodensee statt. Von Arbon bis Friedrichshafen setzten sich die rund 300 Frauen und Männer, aus der Ostschweiz, Vorarlberg und Süddeutschland, für Abrüstung und Frieden in Bewegung. Thematisch stand beim 17. traditionellen Ostermarsch die erhebliche Waffenproduktion in der Region im Vordergrund.

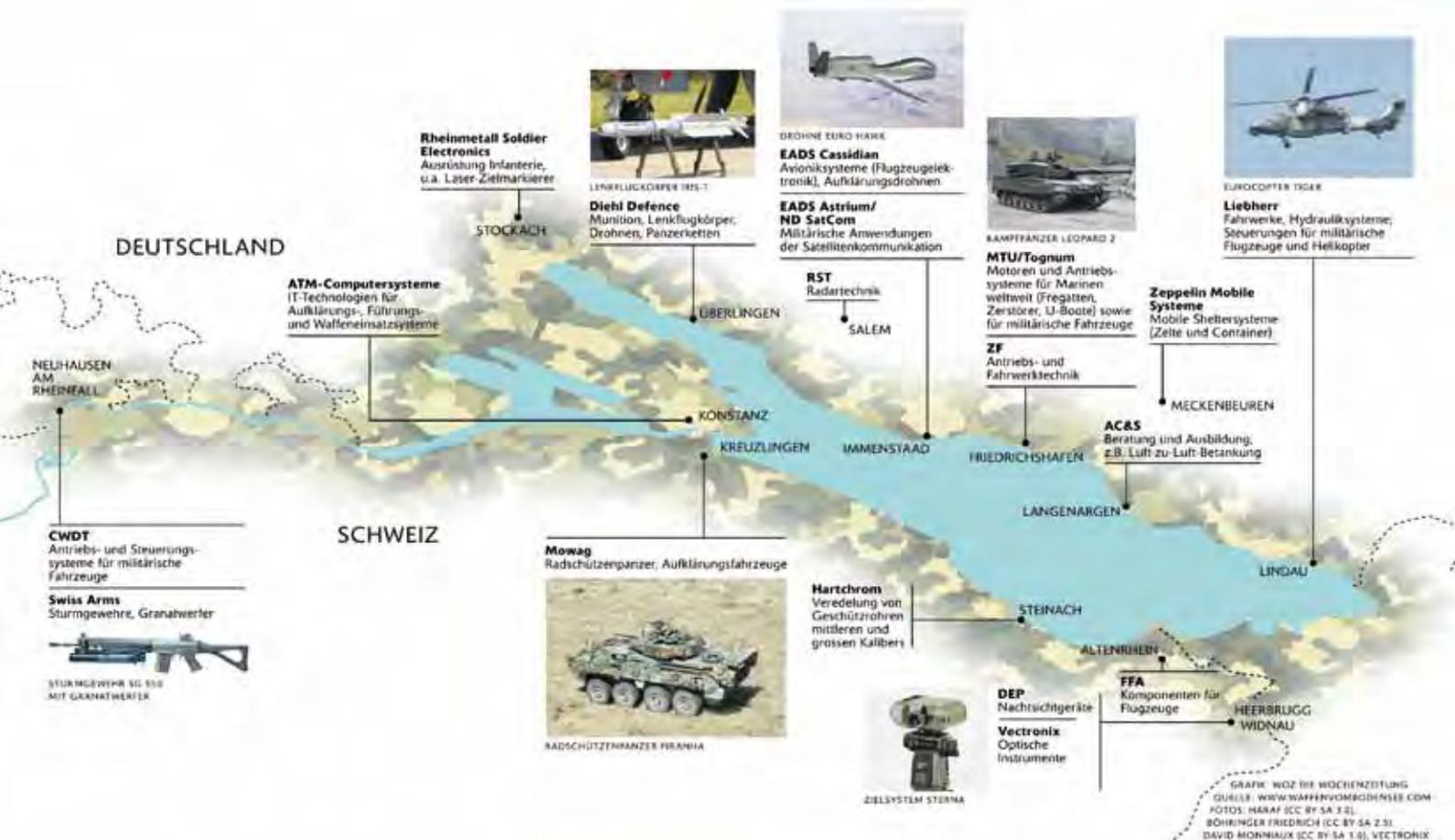
Die seit 20 Jahren regelmässig stattfindenden Ostermärsche werden jeweils von schweizerischen, deutschen und österreichischen Friedensgruppen, kirchlichen Organisationen und Soligruppen organi-

siert. Das Hauptaugenmerk wird jeweils auf politisch aktuelle, aber auch historisch interessante Themen gelegt. In den 90er Jahren stand die Nato-Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen im Mittelpunkt, spätere Friedenswege machten auf die vergangene und aktuelle Flüchtlingspolitik aufmerksam. Beim Ostermarsch 2012 wurden die zahlreichen Rüstungsunternehmen am Bodensee avisiert.

Heute sammeln sich rund ein Dutzend Rüstungsfirmen am Bodensee (siehe Karte rechts). Auf die Schweizer Rüstungsfirma STI Hartchrom (Surface Technologies International Holding AG) in Steinach und die deutsche MTU/Tognum in Friedrichshafen legte der Friedensweg besonderes Augen-

merk und stattete ihnen einen Besuch ab. Die Reden von Jürgen Grässlin, Aachener Friedenspreisträger 2011, und Jo Lang, Grünenpolitiker und GSoA-Vorstand, veranschaulichten das Profil der beiden Rüstungsfirmen.

An der Abschlussveranstaltung in Friedrichshafen wurde ein Aufruf für eine rüstungsfreie Zone Bodensee verabschiedet, den wir oben dokumentieren. Detaillierte Informationen zu einzelnen Rüstungsfirmen sind auf der Website der Initiative gegen Waffen vom Bodensee zu finden: www.waffenvombodensee.com. Mehr zum Ostermarsch, Fotos und die Reden von Jo Lang und Jürgen Grässlin auf www.friedensrat.ch. (M. Strupler)



firmen verzichten und im Unterricht besonderes Gewicht auf kritische Behandlung der Kriegs- und Rüstungsgeschichte sowie auf Friedens- und Menschenrechtsbildung legen. Die rüstungsfreie Zone Bodensee kann nicht einfach am Friedensweg 2012 proklamiert werden, sie wird das Ergebnis einer langfristigen und kontinuierlichen Aufbauarbeit sein. Und je erfolgreicher sie ist, umso mehr wird die Idee von rüstungsfreien Zonen als Beitrag zur Abrüstung in andere Regionen ausstrahlen und dort aufgegriffen werden.

Die Abschlusskundgebung des Friedensweges 2012 fand in Friedrichshafen

statt. Dabei gedachten wir nicht nur der Opfer der Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg, wir knüpften auch an das Engagement der Stadt gegen die atomare Aufrüstung an. Seit 2006 gehört Friedrichshafen der Vereinigung «Bürgermeister für den Frieden» an, die heute weltweit über 5000 Städte vereinigt, im Bodenseeraum etwa vierzig. Und seit 2009 ist Friedrichshafen auch Mitglied im Kreis der gut hundert «Städte als Friedensbotschafter». Zu den Initianten beider Organisationen gehören Hiroshima und Nagasaki, weshalb der Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt im Zentrum beider Vereinigungen steht. Wir rufen die Ver-

antwortlichen von Friedrichshafen deshalb nach wir vor dazu auf, ihr Engagement zur Überwindung der Atomwaffen auszuweiten auf die Schaffung der rüstungsfreien Zone Bodensee. ◆

Veranstalter: Forum Sosos, Solidarität und Spiritualität Ostschweiz; Friedensinitiative Konstanz; Initiative gegen Waffen vom Bodensee, Konstanz; Schweizerischer Friedensrat, IFOR Schweiz. **Karte:** Die Wochenzeitung WoZ, Zürich

Schweizer Reformvorschlag für UNO-Sicherheitsrat gescheitert

/ Meriem Strupler /

Wie die UNO-Generalversammlung im Mai zeigte, scheint der UNO-Sicherheitsrat, wenn überhaupt, nur schwach reformfähig zu sein. Die fünf ständigen Mitglieder USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland und China sträubten sich gegen den Resolutionsvorschlag der «Small Five» (S5), der lediglich als Empfehlung für die Grossmächte Bedeutung gehabt hätte.

Die Gruppe der S5 (Schweiz, Liechtenstein, Costa Rica, Singapur und Jordanien) hatte mit dem Resolutionsvorschlag mehr Transparenz und effizientere, demokratischere Arbeitsweise im UNO-Sicherheitsrat gefordert. Die Resolution wurde jedoch zurückgezogen, bevor sie überhaupt zur

Abstimmung vorgelegt worden war. Ein Gutachten der UNO-Chefjuristin veränderte die Ausgangslage, wonach die Reform in der Generalversammlung eine Zweidrittelmehrheit benötigt hätte.

Gemäss der Resolution rieten die Kleinststaaten den ständigen Mitgliedern beispielsweise, in Fällen von Völkermord und Kriegsverbrechen, keinen Gebrauch von ihrem Vetorecht zu machen. Falls dennoch Vetorechte eingesetzt würden, sollten diese schriftlich zu begründen sein.

Unterstützt wurde die Resolution von über hundert Ländern, darunter die G-4

(Deutschland, Japan, Indien und Brasilien), welche sich bei einer allfälligen Ausdehnung des Sicherheitsrates ständige Sitze erhofft. Ihre Konkurrenten hingegen, die Gruppe «Uniting for Consensus» (darunter Italien, Argentinien und Pakistan) rechnet sich mit der strikten Ablehnung der S5-Resolution Chancen auf künftig ständige Sitze aus. Auch die Schweiz hatte gewisse Interessen bei ihren Bemühungen, im Jahr 2023 beabsichtigt sie eines der 10 für zwei Jahre gewählten Mitglieder zu werden. ◆



Eine neue Publikations-Etappe beim Friedensrat

Vor dreissig Jahren, am 17. Februar 1982, ist die erste Nummer der *friedenszeitung* erschienen, mit einem Umfang von zwölf, bald danach mit 16 Seiten. Die Gründung der eigenständigen, vom Schweizerischen Friedensrat SFR herausgegebenen Zeitschrift erfolgte in einer Zeit, als die internationale Aufrüstung in weiten Kreisen als grosse Bedrohung wahrgenommen wurde, aber auch in einem «friedenspolitischen Frühling», als die Bewegung gegen die sogenannte Nachrüstung der NATO weit über Europa hinaus die Leute zu mobilisieren vermochte. Auch in der Schweiz: Zur kurzfristig organisierten Kundgebung vom 5. Dezember 1981 kamen über 30'000 Leute, zum ersten Dreyländer-Ostermarsch 1982 in Basel etwa gleich viele.

Den Höhepunkt bildete die Friedensdemo in Bern vom 5. November 1983 mit über 50'000 Beteiligten. Um aktuell sein zu können, erschien die *friedenszeitung* im ersten Jahr vierzehntäglich, ab 1982 monatlich bzw. mit zehn Ausgaben pro Jahr. In dieser Form – mit einigen Spezialausgaben und Jubiläumsnummern – erschien die *friedenszeitung* anderthalb Jahrzehnte lang, mit insgesamt 188 Nummern bis Mitte 1997, unbeschadet von den friedenspolitischen Hochs und Tiefs.

Aber das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch des Ostblocks Ende der Achtzigerjahre haben die Bedingungen für die friedenspolitische Arbeit in der Schweiz von Grund auf verändert. Etwas plakativ gesagt, wurde unsere Arbeit von der staatsgefährdenden bis staatsfeindlichen Tätigkeit – die ihren sichtbarsten Ausdruck in der systematischen Fichierung durch die politische Polizei fand – zum in der Verfassung verankerten Staatszweck. Die zivile Friedensförderung erhielt dann 2004 eine eigene Grundlage in einem Rahmengesetz – was ein Jahrzehnt zuvor noch politische Utopie gewesen wäre. Diese Veränderungen haben auch die bisherige Grundlage für die Herausgabe der *friedenszeitung* unterminiert.

So war es Mitte der Neunzigerjahre unumgänglich geworden, die Grundlagen für die Herausgabe der *friedenszeitung* zu

überdenken. Der Redaktion kam daher die Aufgabe zu, neben der laufenden Produktion ein neues Konzept für ihre Zeitung auszuarbeiten. Herausgekommen dabei ist die FriZ, ein Magazin mit thematischem Schwerpunkt für jede Nummer und zwar unabhängig von Tagesaktualität und den Arbeitsschwerpunkten des SFR. 2002 wurde das Erscheinungsbild von Grund auf überarbeitet, aus der FriZ wurde die **friZ**. Erschienen ist sie seit Mitte 1997 bis im letzten Jahr. Bis Ende 2003 waren es sechs Nummern pro Jahr, seither noch vier. So sind 70 Nummern zu einer grossen Vielfalt von Themen erschienen, die einen Überblick über die «Brennpunkte» der letzten anderthalb Jahrzehnte vermitteln und zum Teil unvermindert aktuell sind.

Die zunehmenden Probleme bei der Herausgabe der einzelnen Nummern in den letzten zwei Jahren und die trotz stetiger Reduktion unserer Ausgaben für alle Aufgabengebiete des SFR nicht kleiner werdenden

Finanzprobleme haben uns nun erneut zu einer Neukonzeption unserer Zeitschrift genötigt. Wobei die Finanzprobleme nicht zuletzt von daher kommen, dass wir auf dem Spendenmarkt in immer stärkerer Konkurrenz zu andern mindestens so aktuellen Fragen wie gerechte Handelsbeziehungen, die internationale Finanzordnung bzw. -krise oder etwa nachhaltige Entwicklung stehen. So spannend die einzelnen Themennummern der **friZ** sind, wir sind schlicht nicht mehr in der Lage, die Herausgabe einer solchen Fachzeitschrift zu gewährleisten.

Wir legen heute die erste Nummer der **FRIEDENSZEITUNG** vor, an deren Konzept wir in den letzten Wochen intensiv gearbeitet haben. Sie hat nicht mehr einen dominierenden Themenschwerpunkt und ist entsprechend mehr an den laufenden Ereignissen orientiert, ohne dass wir bei vierteljährlicher Erscheinungsweise wirklich tagesaktuell sein könnten. Es war uns nicht möglich, mit einer «Nullnummer» einen Probelauf für die Umsetzung der neuen Konzeption zu machen. Deshalb werden wir mit den Ausgaben in diesem Jahr noch das eine oder andere Experiment machen müssen, bis wir von einem funktionierenden neuen Konzept reden können.

Darum sind wir aber auch besonders interessiert an Euren Rückmeldungen zu dieser und den nächsten Nummern, um die **FRIEDENSZEITUNG** wirklich auf die Bedürfnisse von Euch Leserinnen und Leser ausrichten zu können. Und vor allem hoffen wir natürlich, dass Ihr uns die Treue hält und auch für die etwas andere Zeitschrift den Abonnementsbeitrag zahlt. Um den Bestimmungen zu den vergünstigten Zeitungstaxen zu entsprechen, erscheint die **FRIEDENSZEITUNG** als Mitgliederzeitschrift, ist der Abopreis also im Mitgliederbeitrag enthalten. Darauf, dass wir über die friedenspolitischen Entwicklungen und Herausforderungen informieren wollen – und nicht lediglich über unser Vereinsleben – ändert sich allerdings nichts.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Postfach 1808, 8021 Zürich, Tel. +41 (0)44 242 93 21.
info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch
 PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt
 Mitarbeit: Andreas Zumach, Beat Luder, Jürg Meyer, Ruedi Tobler, Meriem Strupler, Marco Pfister u.a.

Druck: gdz AG, Zürich
 Auflage: 2000 Ex., Juni 2012

Die **Friedenszeitung** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–